

Uwe Schummer

- (A) Hinblick auf die Berufsausbildung auf europäischer Ebene durchsetzen –, dass der Meisterbrief oder der Techniker, also die Weiterbildung, europaweit genauso bewertet wird wie der Bachelor, dass also akademische Ausbildung und berufliche Ausbildung gleichgestellt werden. Wir sagen beispielsweise auch: Ein Ausbildungsabschluss als Mechatroniker hat im Europäischen Qualifikationsrahmen den gleichen Wert wie zum Beispiel das Abitur. Wir brauchen nicht nur Menschen, die Mondbahnen berechnen und die Relativitätstheorie von Einstein erläutern können, sondern wir brauchen auch Menschen, die eine Heizung reparieren können und wissen, wie eine Maschine zusammengebaut wird, damit sie auch funktioniert. Das bedeutet Gleichwertigkeit von akademischer und Berufsausbildung.

Auch im Bildungsausschuss höre ich immer wieder, und zwar von den Sozialdemokraten, dass die Abiturquote und die Studienzugangsquote Maßstäbe für Bildungserfolge sind. 46 Prozent aller Schulabgänger sind in der derzeitigen Generation Gott sei Dank Studienanfänger, aber der Weiterbildungsberuf, die duale Ausbildung, hat den gleichen Wert und die gleiche Sinnhaftigkeit wie diese akademische Ausbildung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Das müssen wir in einem europäischen Ausbildungsraum zwischen Portugal und Griechenland auch miteinander umsetzen.

- (B) Ich komme zum Schluss. Ernst & Young haben bei einer Befragung von globalen Personalentscheidern festgestellt, dass Deutschland mit der dualen Ausbildung hinter China, den USA und Indien an vierter Stelle der Talentschmieden steht. Der Bildungsfaktor Handwerk ist eine Voraussetzung für diesen Erfolg, den wir gemeinsam haben. Dem geht es heute gut, und das hat etwas mit der christlich-liberalen Koalition zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

### Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/6457 mit dem Titel „Wirtschaftsmacht Handwerk – Kein Wachstum in Deutschland ohne das Handwerk“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mit den Stimmen der Unionsfraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD und der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 48 a und b auf:

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Sören Bartol, Uwe Beckmeyer, Martin Burkert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Bettina Herlitzius, Daniela Wagner, Dr. Anton Hofreiter, weiterer Abgeord-

netter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (C)

### 40 Jahre Städtebauförderung – Erfolgsmodell für die Zukunft der Städte und Regionen erhalten und fortentwickeln

– Drucksache 17/6444 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (f)  
Innenausschuss  
Sportausschuss  
Finanzausschuss  
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie  
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Ausschuss für Arbeit und Soziales  
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
Ausschuss für Gesundheit  
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit  
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung  
Ausschuss für Kultur und Medien  
Haushaltsausschuss

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Heidrun Bluhm, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

### Städtebauförderung auf hohem Niveau verstetigen, Forderungen der Bauministerkonferenz umsetzen

– Drucksache 17/6447 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (f)  
Innenausschuss  
Sportausschuss  
Finanzausschuss  
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie  
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Ausschuss für Arbeit und Soziales  
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
Ausschuss für Gesundheit  
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit  
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung  
Ausschuss für Kultur und Medien  
Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinhalb Stunden vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

(Einige Abgeordnete unterhalten sich miteinander)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde gerne die Aussprache eröffnen. – Kollegen Kauder und Beck, ich würde gerne die Aussprache eröffnen.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Nur zu!)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Bartol für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

### Sören Bartol (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor fast genau 40 Jahren, am 16. Juni 1971, hat der Bun-

**Sören Bartol**

- (A) destag das Städtebauförderungsgesetz beschlossen. 40 Jahre Städtebauförderung: Das wäre eigentlich ein Anlass, zu feiern, wenn uns in diesem Jahr nicht die dritte Kürzungsrunde in Folge erwarten würde.

Nur noch 410 Millionen Euro für die Städtebauförderung stehen im Haushaltsentwurf für 2012. Damit bleiben Sie noch hinter den 455 Millionen Euro zurück, die Sie, Herr Ramsauer, uns noch Anfang Juni im Ausschuss in Aussicht gestellt haben – und weit hinter den 700 Millionen Euro, die eigentlich nötig wären.

(Gustav Herzog [SPD]: So ist es!)

Herr Ramsauer, die Zukunft der Städte interessiert Sie offenbar überhaupt nicht; denn ansonsten hätten Sie im Kabinett endlich einmal mehr Rückgrat gezeigt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Die Bundesregierung spart damit ein historisch gewachsenes Instrument der Stadtpolitik kaputt, das eine der großen Reformleistungen der Regierung Willy Brandt war. Anliegen des sozialdemokratischen Bauministers Lauritz Lauritzen war es, die Bodenspekulationen einzuschränken, den Kommunen mehr Steuerungsmöglichkeiten zu geben und die Bürgerbeteiligung und den Mieterschutz zu stärken. Das waren damals und sind heute noch immer aktuelle und hochspannende Themen.

- (B) Die Städtebauförderung hat sich über 40 Jahre bewährt. Die Städte und Gemeinden werden durch sie darin unterstützt, die Bausubstanz zu erhalten und ein lebenswertes Wohnumfeld und nicht zuletzt gute Investitionsbedingungen zu schaffen.

Die rot-grüne Bundesregierung hat mit dem Programm „Soziale Stadt“ und mit den Stadtumbauprogrammen die Städtebauförderung entscheidend fortentwickelt. Sie hat sich damit verstärkt den Stadtteilen zugewandt, die wirtschaftlich und sozial benachteiligt sind. Die Programme „Soziale Stadt“ sowie „Stadtumbau Ost“ und „Stadtumbau West“ setzen auf ganzheitliche Entwicklungsstrategien. Sie beteiligen die Menschen an der Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfeldes. Sie sind damit Erfolgsmodelle für Bürgerbeteiligung und gelebte Demokratie. Vor diesem Hintergrund freue ich mich ganz besonders, dass es uns gelungen ist, dazu mit den Grünen einen gemeinsamen Antrag vorzulegen.

Auch in der Großen Koalition war die Stadtentwicklungspolitik von einem breiten, parteiübergreifenden Konsens getragen. Die Städtebauförderung blieb als gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern auch nach der Föderalismusreform erhalten; zu Recht, denn sie ist ein Paradebeispiel dafür, wie Zusammenarbeit von Bund und Ländern gelingen kann.

Umso bedauerlicher finde ich es, dass die Bundesregierung dieser erfolgreichen Zusammenarbeit mehr und mehr die Grundlage entzieht. In diesem Jahr protestieren die Bauminister der Länder schon zum zweiten Mal einstimmig gegen die Kürzungen der Städtebauförderung. Herr Minister Ramsauer, die Vertrauensbasis bröckelt.

- (C) Auch Ihr Haushaltsentwurf für 2012, Herr Minister, zeigt, dass Sie überhaupt nicht begriffen haben, was kluge Stadtentwicklungspolitik ausmacht. Stadtentwicklung geht nicht von heute auf morgen. Sie braucht Verlässlichkeit. Stattdessen erleben wir Ungewissheit und alljährliche Kürzung. Ihr Haushaltsentwurf enthält, verglichen mit 2009, eine Kürzung um 60 Prozent bei dem Programm „Soziale Stadt“, eine Kürzung um 40 Prozent bei dem Programm „Stadtumbau Ost“ und eine Kürzung um ein Drittel bei dem Programm „Stadtumbau West“, um drei Beispiele zu nennen.

(Sebastian Körber [FDP]: Wir haben auch einen Aufwuchs!)

– Das sicherlich sinnvolle Programm für kleine Städte und Gemeinden wird seit 2010 immer weiter aufgestockt. Wen wundert das: 25 der 75 bisher in diesem Programm geförderten Kommunen liegen in Bayern.

(Stephan Kühn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welch eine Überraschung!)

Ich bin nicht sicher, welche böse Überraschung die Haushaltsberatungen dieses Mal für uns bereithalten. Die drastische Kürzung der Mittel für das Programm „Soziale Stadt“ im letzten Jahr kam quasi über Nacht.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Eine Nacht-und-Nebel-Aktion!)

CDU/CSU und FDP haben nicht nur die Mittel für das Programm von 95 auf 28,5 Millionen Euro zusammengestrichen. Nein, sie haben die Mittel für Modellvorhaben zur Integration, zum Spracherwerb und zur Betreuung von Jugendlichen in sozialen Brennpunkten ganz gestrichen und den Ländern verboten, überschüssige Mittel anderer Programme dort einzusetzen.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Unglaubliche Schweinerei! So sind sie!)

Bibliotheken für Mädchen mit Migrationshintergrund seien nicht Aufgabe des Bauministeriums, so die Begründung der FDP;

(Petra Müller [Aachen] [FDP]: Der Bau schon!)

man solle sich auf rein investive Maßnahmen beschränken. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, ist nicht nur ein Ausdruck sozialer Kälte, sondern das ist auch ein Ausdruck ökonomischer Kurzsichtigkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN – Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das verwundert aber nicht!)

Diese Woche haben wir im Ausschuss eine Studie debattiert, die die positive Anstoßwirkung der Städtebauförderung für Investitionen bestätigt. 1 Euro Städtebaumittel von Bund und Land stoßen über 7 Euro Investitionen in den Fördergebieten an, mit überaus positiven Wirkungen auf Wertschöpfung, Beschäftigung, Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen. Das gilt – liebe Kolleginnen und Kollegen, hören Sie doch einmal zu – überdurchschnittlich für das Programm „Soziale Stadt“.

**Sören Bartol**

- (A) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Sebastian Körber [FDP]: Was erhöht wird!)

Wenn Sie das Gutachten aufmerksam lesen, können Sie lernen: Langfristige und ganzheitliche Strategien der Quartiersentwicklung zahlen sich aus, nicht nur im Hinblick auf den sozialen Zusammenhalt, sondern auch finanziell. Neben Wohnungsunternehmen engagieren sich private Einzeleigentümer, Einzelhändler, Stiftungen und Kirchen in den Fördergebieten.

Ohne sie geht es nicht, aber es geht auch nicht ohne Bundesmittel; denn in den Städten und Gemeinden entscheiden sich ganz konkret die großen Zukunftsfragen unserer Gesellschaft. Um diese großen demografischen, wirtschaftlichen, sozialen, aber auch ökologischen Herausforderungen zu bewältigen, fehlt den allermeisten Städten die Finanzkraft. Von Ihnen, Herr Minister Ramsauer, können sie keine Unterstützung erwarten.

(Gustav Herzog [SPD]: So ist es!)

Im Gegenteil: Sie kürzen nicht nur bei der Städtebauförderung, sondern Sie fahren auch den altersgerechten Umbau in der Zukunft in Richtung null.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Unglaublich! – Gustav Herzog [SPD]: Dabei wird der Minister auch immer älter!)

- (B) Wir fordern von der Bundesregierung: Lassen Sie die Kommunen nicht weiter ausbluten! Nehmen Sie endlich die Kürzung in der Städtebauförderung zurück! Dann haben Sie, Herr Minister Ramsauer, eine gute Grundlage, um mit den Ländern, Kommunen und allen anderen Akteuren der Stadtentwicklung endlich wieder zu einem konstruktiven und vertrauensvollen Dialog über die Zukunft der Städte zu kommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Petra Müller [Aachen] [FDP]: Wer rechnen kann, ist klar im Vorteil!)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat der Bundesminister Dr. Peter Ramsauer.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Dr. Peter Ramsauer**, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Bartol, als jemand, der seit 33 Jahren, seit 1978, in der Kommunalpolitik nicht nur tätig war, sondern ist, etwas mehr als elf Jahre davon – bis zum Eintritt in den Bundestag – im Stadtrat seiner Heimatgemeinde – damals war ich noch jünger, als Sie es heute sind – und seit 1984 im Kreistag seiner Heimat im Chiemgau, im Landkreis Traunstein, als jemand, der also 33 Jahre Erfahrung in der Kommunalpolitik auch an verantwortlicher Stelle hat,

(Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kann man nicht erkennen!)

brauche ich keine solchen arroganten Belehrungen über den Wert der Kommunalpolitik, wie Sie sie gerade vorgebracht haben. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Sören Bartol [SPD]: Gefrorene Hunde bellen!)

Das wirkt bei Ihnen schon etwas schnöselhaft, das muss ich wirklich sagen.

Genauso deutlich und voller Überzeugung sage ich – auch aus meiner Erfahrung als Kommunalpolitiker heraus –: 40 Jahre Städtebauförderung sind eine immense Erfolgsgeschichte, und das braucht sich kein Kommunalpolitiker in ganz Deutschland von Ihnen kaputtreden zu lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Lachen des Abg. Sören Bartol [SPD] – Florian Pronold [SPD]: Herr Ramsauer, Sie machen es doch kaputt!)

– Wenn Sie da lachen, müssen sich die tüchtigen Kommunalpolitiker, die Verantwortungsträgerinnen und -träger draußen im Lande in unseren Kommunen, verhöhnt vorkommen. Sie können sich von Leuten wie Ihnen, die auf solche Aussagen so reagieren, nicht ernst genommen fühlen.

(Gustav Herzog [SPD]: Was schätzt der da vor sich hin?)

Ich nehme sie ernst, und ich bin auch überzeugt, dass die Städtebauförderung die ganz zentrale Säule der Stadtentwicklungspolitik des Bundes ist und dass wir dadurch einen ganz elementaren Beitrag dazu leisten, dass viele Kommunen auch strukturelle Probleme lösen können. Ohne die Hilfen der Städtebaupolitik wären sie zur Lösung vieler struktureller Probleme schlicht und einfach nicht in der Lage. (D)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Herr Minister, sind Sie bereit, eine Frage des Kollegen Pronold zu beantworten?

**Dr. Peter Ramsauer**, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:

Pronold? – Endlich bekomme ich vom Kollegen Pronold einmal eine Zwischenfrage gestellt. Jetzt bin ich ein Jahr und acht Monate im Amt. Es ist das erste Mal; das stelle ich ausdrücklich fest. Ich begrüße es, dass sich der Kollege Pronold alle gut eineinhalb Jahre auffrafft, mir irgendwo eine Frage zu stellen, nachdem das im Ausschuss, dem er – schweigend – angehört, bisher noch überhaupt nicht der Fall war.

Also, bitte sehr.

**Florian Pronold (SPD):**

Herr Kollege Ramsauer, ich bin wirklich überrascht, dass Sie dem Kollegen Bartol angesichts Ihres Auftritts hier Arroganz vorwerfen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber das war nicht meine Frage.

**Florian Pronold**

- (A) Mich interessiert, wie viele Briefe Sie von bayerischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern in den letzten zwei Jahren bekommen haben, die sich gegen die Kürzung der Mittel für die Städtebauförderung im Haushalt ausgesprochen haben, die Sie zu verantworten und im Kabinett zu vertreten haben.

**Dr. Peter Ramsauer**, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:

Ich möchte die Antwort in zwei Teile gliedern.

Erstens. Ich habe Gott sei Dank viele solcher Briefe bekommen, und ich habe mir ausdrücklich auch viele solcher Briefe bestellt, was Sie vielleicht verwundern wird.

(Sören Bartol [SPD]: Was? – Uwe Beckmeyer [SPD]: Selbst bestellt?)

– Ja, ich habe sie bestellt und darum gebeten, man möge mir solche Bittschreiben schicken, damit ich auch eine gute Argumentationsgrundlage habe.

(Hans-Joachim Hacker [SPD]: Für was denn?)

Jetzt der zweite Teil, lieber Herr Pronold. Es wäre vielleicht besser gewesen, nicht Sie hätten die Frage gestellt. Wenn Sie aus Bayern heraus argumentieren, wäre ich an Ihrer Stelle einmal ganz vorsichtig. Wer so baden geht wie Sie auf Ihrem letzten Landesparteitag,

(Hans-Joachim Hacker [SPD]: Es geht hier um Bundespolitik, Herr Ramsauer! – Gustav Herzog [SPD]: Antworten Sie auf die Frage! Eiern Sie nicht herum!)

- (B) wäre besser beraten, nichts zu fragen. Ich zitiere hier aus der *Süddeutschen Zeitung* von vor ein paar Tagen. Da heißt es:

... ließen die Delegierten

– Ihre Parteitagsdelegierten –

beim zweitägigen SPD-Parteitag ... ihren Chef

– das sind Sie –

überraschend schroff abblitzen. Anders, als zunächst absehbar, lehnten die Delegierten Pronolds ... Steuerkonzept komplett ab. ... Am Ende war Pronold mit seinem Antrag komplett untergegangen.

Ende der Antwort, Sie können sich setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Florian Pronold [SPD]: Ich bedanke mich für die Antwort auf meine Frage! – Gustav Herzog [SPD]: Ein Trauerspiel mit Ihnen! – Hans-Joachim Hacker [SPD]: Keine Antwort!)

Zu Ihrer Kritik muss ich sagen: SPD und Grüne schreiben im vorliegenden Antrag, unsere Städte und Gemeinden seien in Gefahr, „drastisch an Lebensqualität zu verlieren“. Das halte ich, gelinde gesagt, für eine arge Übertreibung. Es gibt zwar eine Reihe problematischer Entwicklungen. Das ist die Lebensrealität in den Kom-

- munen. Um diese Entwicklungen müssen wir uns selbstverständlich kümmern. Aber ich finde, wir sollten dies mit größtmöglicher Sachlichkeit tun, statt mit solchen Formulierungen Zehntausenden von Kommunalpolitikern eine Ohrfeige zu erteilen. (C)

Wir haben in den 40 Jahren seit 1971 stolze 14 Milliarden Euro an Bundesfinanzhilfen bereitgestellt und konnten damit 6 400 städtebauliche Maßnahmen konkret fördern. Wie erfolgreich diese Städtebaupolitik war, sieht man im Übrigen besonders in den neuen Ländern. Was Städte, Gemeinden und Bürger mithilfe des Bundes und ihre jeweiligen Länder seit 1990 geschafft haben, nämlich teilweise völlig verwahrloste Stadtquartiere wieder herzurichten, verdient allergrößten Respekt und kann sich im wahrsten Sinne des Wortes sehen lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im ersten Redebeitrag ist kritisiert worden, dass die Mittelausstattung zurückgefahren worden ist. Sie haben die Große Koalition angesprochen. Wir alle, auch ich, haben in der letzten Legislaturperiode die Schuldenbremse beschlossen. Diese hat konkrete Auswirkungen auf die Haushaltspolitik.

Im letzten Jahr ist es für das Haushaltsjahr 2011 gelungen, die ursprünglich ins Auge gefasste Halbierung zu halbieren,

(Sören Bartol [SPD]: Das ist so dreist! – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Wiederholen Sie das doch noch einmal, und übersetzen Sie es mal!)

und zwar von 610 Millionen Euro auf 305 Millionen Euro. Wir sind dann auf 455 Millionen Euro gekommen. Dafür möchte ich mich beim Bundesfinanzminister, beim Parlament und beim Haushaltsausschusses unseres Bundestages ganz herzlich bedanken. (D)

Sie haben von 410 Millionen Euro gesprochen. Gehen Sie das doch bitte vernünftig an. Wie Sie wissen, waren nach dem Eckwertebeschluss, den wir am 16. März gefasst haben, ursprünglich 266 Millionen Euro für das Jahr 2012 vorgesehen. Wir haben in den Gesprächen – so ist es jetzt auch im Kabinettsbeschluss für das Jahr 2012 festgehalten – eine Summe von 410 Millionen Euro vereinbart. Sie könnten zwar sagen, dass eine Senkung von 455 Millionen Euro auf 410 Millionen Euro 10 Prozent weniger bedeuten, aber nehmen Sie bitte auch Folgendes zur Kenntnis, Kollege Bartol: Wir haben daneben ein neues KfW-Programm zur energetischen Stadtentwicklung aufgelegt, für das 92 Millionen Euro veranschlagt sind.

(Sören Bartol [SPD]: Das ist doch etwas anderes! – Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch nicht vergleichbar! – Florian Pronold [SPD]: Aber das kann man beim besten Willen nicht dazurechnen!)

Auch das muss man in diesem Zusammenhang sehen. Die energetische Stadtentwicklung ist eine Art von Stadtentwicklung und Sanierung. Wenn man das KfW-

**Bundesminister Dr. Peter Ramsauer**

- (A) Programm mit einbezieht, dann kommt man nicht mehr auf 410 Millionen Euro, sondern auf gut 500 Millionen Euro. Das kann sich in der Tat sehen lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Florian Pronold [SPD]: Ihnen sieht man das schlechte Gewissen an!)

Uns stehen also statt 455 Millionen Euro in diesem Jahr insgesamt 502 Millionen Euro zur Verfügung.

(Sören Bartol [SPD]: Das ist doch keine Städtebauförderung!)

– Entschuldigung, Sie wissen doch genau, wie diese Mittel eingesetzt werden. Energetische Sanierung im Quartier ist auch eine Art von Städtebauförderung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Sören Bartol [SPD]: Eine Art von Städtebauförderung! – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Verräterisch: „eine Art von“!)

Wir werden alle Programme fortführen. Ich komme viel herum und habe mir von vielen Programmen ein Bild gemacht. Das sollten auch Sie tun. Alle Kommunalpolitiker, die ich in den letzten eineinhalb Jahren gesprochen habe, haben mich gefragt, ob wir nicht einen Weg finden können, um die energetische Sanierung im Quartier stärker anzugehen. Genau diesen Weg eröffnen wir jetzt. Ich bekomme dazu nur anerkennende Kommentare,

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

- (B) nicht nur von Kommunalpolitikern der Union, sondern auch von den vernünftigen Kommunalpolitikern unter den Sozialdemokraten und den Grünen; für die FDP gilt das selbstverständlich genauso.

Wie gesagt, wir führen alle Programme fort. Ich möchte unterstreichen, dass wir ein Programm weiter aufstocken, und das ist unser Programm für kleinere Städte und Gemeinden im ländlichen Raum. Herr Bartol, wenn Sie dies kritisieren, dann zeigt das Ihr gestörtes Verhältnis zum ländlichen Raum.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Sören Bartol [SPD]: Das sagt einer mit einem ländlichen Wahlkreis! – Weiterer Zuruf von der SPD: Reine Polemik!)

Wann immer ich hier zur Städtebaupolitik gesprochen habe, habe ich klar gemacht: Es kann nicht nur um die Metropolzentren gehen, um die großen städtischen Zentren.

(Sören Bartol [SPD]: Das sagt auch niemand!)

Die brauchen wir selbstverständlich.

(Florian Pronold [SPD]: Sie haben für den ländlichen Raum unter dem Strich weniger Geld zur Verfügung gestellt!)

Ein Bundespolitiker mit Gewissen muss aber auch für den ländlichen Raum da sein, muss sich für die kleinen Gemeinden einsetzen; denn sie geben unserem Land Seele und Substanz.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Der gesamte ländliche Raum rebelliert! Das ganze Land rebelliert!)

(C)

Funktionierende Metropolzentren in einem gut strukturierten Land brauchen starke ländliche Regionen, und natürlich brauchen gute ländliche Regionen auch städtische Zentren; das ist ganz klar.

(Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zehn Minuten bis zum Flughafen!)

Beide Seiten der Medaille ergeben eine gute und ausgewogene Bundesbaupolitik.

Im Übrigen hat diese Förderung – das haben wir in der Handwerksdebatte gerade gehört – auch eine ganz immense konjunkturpolitische Bedeutung.

(Florian Pronold [SPD]: Eben, und da kürzen Sie! Das ist Wahnsinn!)

Ich bin froh, dass wir nicht nur aus der Kommunalpolitik, sondern gerade auch aus dem Bereich des Handwerks großen Zuspruch bekommen; denn die Mittel, die in die Städtebaupolitik fließen, wirken vielfach. Von dem Multiplikator haben Sie gerade gesprochen. 1 Euro von Bund und Land löst das Siebenfache an Investitionen aus.

(Florian Pronold [SPD]: Und da haben Sie 300 Millionen weggenommen! 300 Millionen gekürzt!)

Das kommt gerade dem mittelständischen Bauhandwerk, dem Bauhauptgewerbe, dem Baunebengewerbe, zugute, und das ist dann gut ausgelastet. In Verbindung mit der in den kommenden Jahren hervorragenden Ausstattung im Bereich der CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierung wird ein großartiger Schuh daraus, nicht nur städtebaulich, sondern auch konjunkturpolitisch.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Natürlich war zu erwarten, dass Sie das Programm „Soziale Stadt“ ansprechen.

(Hans-Joachim Hacker [SPD]: Das haben Sie auch gut geschädigt!)

Wir stocken das wieder auf. Im parlamentarischen Verfahren war im letzten Jahr in der Tat eine Kürzung auf 28 Millionen Euro beschlossen worden.

(Zuruf der Abg. Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Im parlamentarischen Verfahren! Eines können Sie von mir nicht erwarten: dass ich als Bundesminister das Parlament und den Haushaltsausschuss kritisiere. Das tue ich nicht. Das ziemt sich auch nicht.

(Sören Bartol [SPD]: Kämpfen im Haushaltsausschuss würde schon reichen!)

Das hat der Haushaltsgesetzgeber, dieses Parlament, beschlossen.

(Gustav Herzog [SPD]: Sie kritisieren Ihre Mehrheit! Peinlich genug!)

**Bundesminister Dr. Peter Ramsauer**

- (A) Jetzt stocken wir die Mittel für das Programm „Soziale Stadt“ von 28 Millionen Euro auf 40 Millionen Euro auf; denn es ist richtig: Hier kann viel Segensreiches bewirkt werden, wenn auch nicht unbedingt mit einer hohen Multiplikatorwirkung. Ich sehe die Dinge aber immer gesamtwirtschaftlich. Da steht zweifellos fest, dass man mit einem Programm wie der „Sozialen Stadt“, wenn es vernünftig angelegt ist, viel Prävention betreiben kann, damit viele Probleme in einer Kommune erst gar nicht entstehen, die sonst hinterher mit teuren Reparaturmaßnahmen wieder bereinigt werden müssten. Darum stehe ich hinter diesem Programm. Ich bin froh, dass wir es wieder aufstocken können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Florian Pronold [SPD]: Die FDP klatscht besonders laut! – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Da sieht man, wie schwach der Minister ist!)

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Der Bund ist ein verlässlicher Partner der Kommunen. Der Bund steht zur Städtebauförderung. Nach 40 Jahren Städtebauförderung kann man mit Fug und Recht sagen: Es ist eine Erfolgsgeschichte. Der Bund weiß, was er den Kommunen schuldig ist. Ich glaube, die Städtebauförderung hat eine gute Zukunft. Ich sage es mit einem Wort: Wir als Bund und ich als Bundesbauminister bleiben ein verlässlicher Partner für die Kommunen.

Besten Dank.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Hans-Joachim Hacker [SPD]: Unerhört diese Rede!)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Heidrun Bluhm hat nun das Wort für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Heidrun Bluhm (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Herr Ramsauer, mit Ihrer Rede haben Sie Ihre einzige Qualifikation gezeigt, nämlich Streichorgien als Erfolgsgeschichte zu verkaufen. Das nimmt Ihnen aber niemand mehr ab.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn man die Debatten der letzten Monate und auch die heutige Debatte Revue passieren lässt, dann scheint es so zu sein, dass in diesem Hause eine große Übereinstimmung herrscht, was die Bewertung der Städtebauförderung betrifft. „Eine einzigartige Erfolgsgeschichte“, so auch Herr Ramsauer heute, hört man allenthalben, und niemand widerspricht. Politiker aller Parteien übertreffen sich geradezu in ihren lobenden Wertungen der Städtebauförderung insgesamt und ihrer Einzelprogramme.

Es ist in der Tat beeindruckend, welche wirtschaftlichen und sozialen Effekte die Städtebauförderung des Bundes in den vergangenen 40 Jahren in den Städten und Regionen ausgelöst und angestoßen hat. Die einzelnen

- Programme der Städtebauförderung haben sich als effektive und vor allem als lernende Konzepte bewährt, in denen die Kommunen zielgenau und bedarfsgerecht agieren können. (C)

Was ebenso wichtig ist: Die Programme haben sich darüber hinaus als äußerst wirtschaftsfördernd erwiesen. Nun trauen Sie mir das vielleicht nicht zu, aber ich möchte gerade auf diesen Aspekt etwas genauer eingehen. Wo sonst hat man eine Investitionseffizienz von eins zu sieben, zu acht oder zu elf? Diese Wirkungsquoten werden durch das Bauministerium explizit mit den Zahlen für 2011 bestätigt. Selbst diese Zahlen sind trotz gekürzter Mittel beachtlich. Aus 455 Millionen Euro Bundesmitteln werden durch die Kofinanzierung der Länder 910 Millionen Euro. Daraus entstehen wiederum gesamtwirtschaftliche Effekte durch kommunale Anteile und Privatinvestitionen in einer Größenordnung von 6,6 Milliarden Euro.

Die Beschäftigungswirkung in Höhe von 152 000 Erwerbstätigen im Jahr zusätzlich, die Bruttowertschöpfung in Höhe von rund 7,9 Milliarden Euro, die Sozialversicherungsbeiträge in Höhe von 1,6 Milliarden Euro und Steuereinnahmen von rund 1,4 Milliarden Euro – davon 658 Millionen Euro für den Bund, 603 Millionen Euro für die Länder und 117 Millionen Euro für die Kommunen –: Das kann doch eigentlich auch ein Finanzminister zusammenzählen.

- Hier muss sich jedem die Frage aufdrängen: Warum um alles in der Welt will die Bundesregierung auf diese volkswirtschaftlichen Effekte verzichten? Warum schmälert sie seit Jahren die finanzielle Basis für Wirtschaft und Sozialsysteme? Denn im Umkehrschluss bedeutet diese Rechnung doch, dass die Kürzung der Mittel für die Städtebauförderung zu einem vielfachen Einnahmeverlust an Steuern und Sozialbeiträgen führt. Die Kürzungen mit den Zwängen der Haushaltskonsolidierung zu begründen, ist angesichts solcher Zahlen geradezu grotesk. Die Städtebauförderung ist kein Subventionsprojekt; sie ist ein einzigartiges Haushaltskonsolidierungsprogramm. (D)

Von 2009 bis zum Haushaltsplan 2012 hat die Bundesregierung die Mittel für die Städtebauförderung gegen jegliche wirtschaftliche Vernunft Jahr für Jahr zurückgefahren. 570 Millionen Euro waren es noch im Jahre 2009; dieses Jahr sind es 455 Millionen Euro. Für 2012 ist nun doch ein Volumen von 410 Millionen Euro geplant. Das Eckwertepapier, das noch 266 Millionen Euro vorsah, ist offensichtlich überholt.

Besonders gravierend und zugleich bezeichnend für die Denkweise der Bundesregierung ist die massive Kürzung der Mittel für das Programm „Soziale Stadt“. Auch wenn Sie jetzt feiern, auf die 28 Millionen Euro für dieses Jahr etwas draufgelegt zu haben, muss man sagen, dass es immer noch nicht das ist, was wir in den Kommunen für dieses Programm brauchen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Heidrun Bluhm**

- (A) Diese Kürzung wird begleitet von einer kompletten Sinnentleerung dieses Programms durch die Vorgabe, Fördermittel nur noch investiv zu verwenden.

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Das stimmt doch nicht! Das ist falsch!)

Es ist schon schizophoren, Herr Minister, wenn Sie hier davon sprechen, dass Sie mit dem Programm „Soziale Stadt“, bei dem nur noch in Beton investiert wird, integrativ tätig werden. Ich bin nicht sicher, ob das funktionieren kann. Begleitet von einer kompletten Sinnentleerung, ist die Verwendung der Mittel aus unserer Sicht völlig fehlgeleitet.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Neubezeichnung dieses Programms für 2012 „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“ bedeutet also ein Festhalten an Ihrer Denkweise. Dabei hat sich gerade dieses Programm als Instrument bei der sozialen Stabilisierung benachteiligter Stadtquartiere bestens bewährt und hat seine Bedeutung keinesfalls verloren. Im Gegenteil: Angesichts der drohenden und vielerorts bereits weit fortgeschrittenen Segregation in deutschen Städten ist genau dieses Programm das am besten geeignete Instrument, um gegenzusteuern.

- (B) Nach alledem ist das Unverständnis nur allzu gut nachvollziehbar, das aus den Beschlüssen und der Resolution der Bauministerkonferenz vom 28. Juni dieses Jahres spricht. Einstimmig hat die Konferenz beschlossen und die Bundesregierung aufgefordert, die Zusagen des Koalitionsvertrages aus 2009 einzuhalten, die Städtebauförderung ab 2012 mindestens auf einen Betrag von 535 Millionen Euro anzuheben und auf diesem Niveau zu verstetigen.

Gemessen an den Zielsetzungen der Bundesregierung, Energie einzusparen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu verringern und die Sanierungsquote im Gebäudebereich zu verdoppeln, scheinen selbst die im Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen genannten 700 Millionen Euro jährlich noch gar nicht zu reichen. Sei's drum.

Die Bundesregierung liefert uns dieses Jahr dasselbe Schauspiel wie 2010: Zunächst werden in den ersten Kabinettsrunden zum Haushalt die Mittel für die Städtebauförderung halbiert, dann wird die Halbierung wieder halbiert, und dann wird die Halbierung der Halbierung mit großem medialen Getöse als Aufstockung verkauft.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Glaubt nur keiner!)

Wen wollen Sie hier eigentlich für dumm verkaufen?

Da waren die Bauminister diesmal schlauer, Herr Ramsauer, sie haben ihre Sondersitzung rechtzeitig abgehalten und Ihnen diese Trickserei damit diesmal verdrorben.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: So ist es!)

Die Bauminister haben auf ihrer Konferenz eine zweite Forderung erhoben, nämlich, die vorgesehenen Mittel für das Programm der KfW Bankengruppe zur energetischen Stadtentwicklung in die bewährte Systematik der gemeinsamen Städtebauförderung einzugliedern –

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Hört, hört!)

mit den Kostenanteilen von 30 Prozent für den Bund, 30 Prozent für die Länder und den Rest für die Kommunen. Das, was Sie mit der KfW-Förderung machen, ist hingegen eine reine Kreditfinanzierung. Ich will Ihnen sagen: Viele Kommunen bekommen überhaupt keine Kredite mehr.

(Petra Müller [Aachen] [FDP]: Von der KfW schon!)

Ihre Innenminister sagen, Kreditgenehmigungen sind nicht mehr drin. Selbst wenn die Kommunen noch Kredite aufnehmen könnten, wäre diese Variante in jedem Fall die teurere, weil sie den Kredit nicht nur zurückzahlen müssten, sondern ihn auch verzinsen müssten, wenn auch günstig.

Schließlich fordern die Bauminister, die Länder sowie die Städte und Gemeinden zukünftig intensiver in die Planungen der Bundesfinanzhilfen einzubeziehen. Auch diese Forderung unterstützen wir.

Alles in allem sind wir der Auffassung, dass die Bauminister der Länder mit ihren Forderungen und damit mit ihrer Resolution nicht überzogen haben. Wir unterstützen das Anliegen, das die Sonderkonferenz mit der Resolution vorgetragen hat. Deshalb haben wir diese Forderungen und die Resolution zu einem Antrag zusammengefasst, der hier vorgelegt worden ist, und hoffen auf Ihre Einsicht und auf Ihre Unterstützung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Petra Müller hat jetzt das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP – Sören Bartol [SPD]: Den Döring habt ihr heute zu Hause gelassen, nicht? Das ist auch besser! – Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der ist schon im Urlaub!)

**Petra Müller (Aachen) (FDP):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Minister Ramsauer, über die mehr als positive Wirkung der Städtebauförderung des Bundes wurde viel und viel Richtiges gesagt.

(Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auch viel Falsches!)

In Ihren Anträgen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird doch deutlich, dass die Städtebauförderung in Deutschland etwas geleistet hat – ökonomisch, infrastrukturell,

**Petra Müller (Aachen)**

- (A) kulturell und sozial. Es freut mich, feststellen zu können: In diesem Punkt sind wir uns einig.

(Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Klasse!)

Jetzt sind nur noch zwei wesentliche Fragen zu klären – und ich habe dafür sieben Minuten Zeit –:

(Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die sind aber entscheidend!)

die inhaltliche Ausrichtung der Städtebauförderung und die Finanzierung. Schon beginnen die Unterschiede zwischen einer maßvollen, konsistenten und finanzierbaren Politik, wie die christlich-liberale Koalition sie vorschlägt, und einer Wunsch- und Gießkannenpolitik der Opposition. Zukunftsmodell gegen Auslaufmodell.

(Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach, das ist doch Quatsch!)

– Ja, so ist es doch.

Die inhaltliche Ausrichtung – so schreiben Sie, liebe Freunde von der Linken und von den Grünen – der Städtebauförderung wurde in den letzten Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. – Stimmt. Richtig. Alles super.

Dabei ging es in den 70er- und 80er-Jahren zunächst um den Erhalt der Stadtkerne, die Bewahrung der historischen Bausubstanz. Nach der Wiedervereinigung wurde ein Programm „Aufbau Ost“ aufgelegt, später, 1999 folgende, das Programm „Soziale Stadt“ – zuerst übrigens nur im Osten, später dann auch im Westen.

- (B) (Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war Rot-Grün!)

Genau diese Flexibilität macht die deutsche Städtebauförderung heute so erfolgreich.

(Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Wir, die FDP-Bundestagsfraktion, haben uns die Frage gestellt: Was sind heute die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen? – Die haben sich nämlich verändert.

(Florian Pronold [SPD]: Und dann haben Sie die Mittel für die „Soziale Stadt“ gekürzt, oder was?)

Wie haben wir darauf zu reagieren, Herr Pronold?

(Florian Pronold [SPD]: Ja, wie?)

Vor einer Woche haben wir an dieser Stelle mit großen Teilen dieses Hauses gemeinsam die Energiewende beschlossen.

(Sören Bartol [SPD]: Das hat ja auch lange genug bei euch gedauert!)

Wir haben uns vorgenommen, in nur wenigen Jahren die Energieversorgung dieses Landes auf völlig neue Füße, auf eine völlig neue Grundlage zu stellen. Das ist der wichtige Aspekt dieser gesellschaftlichen Veränderung. Dazu wird die energetische Stadtsanierung einen wichtigen, den entscheidenden Beitrag leisten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann tun Sie doch was!)

(C)

– Das kommt ja noch. Immer mit der Ruhe! – Wenn Sie sich noch erinnern: Damit erfüllen wir eine Forderung der Ethikkommission. Effektiver Klimaschutz ist ohne effizienten Neubau nicht möglich. Effektiver Klimaschutz ist ohne energetische Sanierung im Bestand und im Quartier nicht möglich. Es geht darum, 40 Prozent der Primärenergie in diesem Land einzusparen. Das geht nur unter Einbeziehung privater und öffentlicher Gebäude. Da liegen die Energiereserven dieses Landes. Diese müssen wir heben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig! Gratuliere!)

Chance und Verantwortung, das ist hier doch der entscheidende Punkt.

(Hans-Joachim Hacker [SPD]: Wo ist das Problem, Frau Müller?)

Neben den altbekannten Städtebauförderprogrammen kommt schwerpunktmäßig die Neuausrichtung zum Thema Energieeffizienz: erstens mit dem KfW-Programm „Energetische Stadtsanierung“ und zweitens mit der steuerlichen Abschreibung – dazu habe ich heute noch gar nichts gehört – bei der energetischen Gebäudesanierung für private Einfamilien- und Zweifamilienhäuser, und das alles unter Berücksichtigung sozialer, wirtschaftlicher und demografischer Entwicklungen. Das sind die Schwerpunkte einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung.

(D)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Florian Pronold [SPD]: Gibt es außer energetischen Gesichtspunkten noch etwas anderes bei der Stadtentwicklung?)

Kommen wir zur Finanzierung. Wir haben die Schuldenbremse beschlossen. Das bedeutet Haushaltskonsolidierung. Genau deshalb müssen wir die Mittel effizient und zielgenau einsetzen. In diesem Jahr stehen 455 Millionen Euro für die Stadtentwicklung zur Verfügung. Nächstes Jahr sind es laut Kabinettsbeschluss vom Mittwoch 410 Millionen Euro plus 92 Millionen Euro für das neue KfW-Programm „Energetische Stadtsanierung“. Wenn ich richtig gerechnet habe, dann sind das in der Addition 502 Millionen Euro.

(Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist aber nicht dasselbe!)

Für diejenigen, die nicht rechnen können: Das sind 47 Millionen Euro mehr als dieses Jahr. Hinzu kommen 1,5 Milliarden Euro für das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm. Das nenne ich Verstetigen. Das nenne ich Einhalten des Koalitionsvertrages. Das nenne ich eine gute Nachricht.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Das ist eine gute Nachricht für die Bauwirtschaft, weil hier Investitionen angestoßen werden; das geht

**Petra Müller (Aachen)**

- (A) auch mit einem KfW-Programm, Frau Bluhm. Das ist eine gute Nachricht für das Handwerk, die Architekten und für alle anderen am Bau Beteiligten. Das ist auch eine gute Nachricht für die Städte und Gemeinden. Gerade weil unsere Kommunen Planungssicherheit brauchen, finanzieren wir die 92 Millionen Euro aus dem Energie- und Klimafonds für das neue KfW-Programm „Energetische Stadtsanierung“. Damit werden Kommunen entlastet. Sie müssen nicht den sonst üblichen Anteil wie bei der klassischen Zwei-Drittel/Ein-Drittel-Lösung übernehmen. Sie werden nicht mehr belastet.

(Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das macht doch den wirtschaftlichen Effekt aus!)

Im Gegensatz zu einigen anderen KfW-Programmen ist dieses KfW-Programm nur für die Kommunen nutzbar. Andere KfW-Programme sind nur für Private nutzbar. Es gibt also einen Mix, und auf diesen Mix kommt es an. Wir haben Instrumente geschaffen, die die Themen Quartiers- und Gebäudesanierung, demografischer Wandel, sozialer Wandel, Gesundheit und Klimaschutz effizient miteinander verbinden. Das halte ich für einen ausgesprochenen Gewinn.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Damit hat die christlich-liberale Koalition Prioritäten für eine erfolgreiche und kontinuierliche Stadtentwicklungspolitik gesetzt. Das ist eine verantwortungsvolle Politik, weil wir unsere Städte und Gemeinden nicht zusätzlich belasten, sondern entlasten. Zu dieser Politik laden wir Sie ein, genauso wie am Anfang dieser Woche. Wir bitten Sie, gemeinsam mit uns zukunftsorientiert, problembewusst und nachhaltig für die Städte von morgen zu arbeiten.

- (B) Ihren Anträgen können wir leider nicht zustimmen.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Das ist traurig!)

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Bevor ich das Podium ganz verlasse und sich alle nur aufregen, wünsche ich Ihnen eine schöne Sommerpause. Vielleicht bekomme ich dafür auch Applaus von Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition.

Tschüss.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Ebenso! – Sören Bartol [SPD]: Wollen Sie eine Postkarte haben?)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Bettina Herlitzius hat das Wort. Sie will auf diese Weise ihren Geburtstag mit uns begehen. Herzlichen Glückwunsch! Alles Gute!

(Beifall)

Bitte, Frau Herlitzius.

**Bettina Herlitzius (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** (C)

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, dieses Thema ist ein kleines Geburtstagsgeschenk; denn Städtebauförderung ist ein Herzensthema von mir. 40 Jahre Städtebauförderung sind 40 Jahre Erfolgsmodell und 40 Jahre Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kommunen für unsere Menschen in unseren Städten und Gemeinden. Das ist wirklich ein Grund zum Feiern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich möchte an dieser Stelle meinem Kollegen Sören Bartol von der SPD meinen Dank für seine Unterstützung und dafür aussprechen, dass wir diesen Antrag gemeinsam formuliert haben. Es ist wichtig, dass wir dieses Thema angesichts der vielen Themen, die wir zu behandeln haben, heute auf die Tagesordnung gesetzt haben. Damit senden wir ein Signal an unsere Kommunen, dass der Städtebau für uns im Bund nach wie vor ein wichtiges Thema ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Florian Pronold [SPD]: Anders als bei der Bundesregierung!)

Lassen Sie uns einen Blick zurückwerfen. Nach den enormen Wiederaufbauleistungen nach dem Krieg musste man in den 60er-Jahren feststellen, dass es viele städtebauliche Missstände gab. Aus diesem Grund wurde 1971 – das wurde vorhin schon angesprochen – von der sozialliberalen Koalition – liebe Kollegen von der FDP, Sie waren dabei –

(Petra Müller [Aachen] [FDP]: Ich war elf!)

das Bundesgesetz zur Städtebauförderung ins Leben gerufen. Fast auf den Tag genau, am 1. August 1971, verabschiedete der Bundestag das Städtebauförderungsgesetz. Es war eine nicht ganz einfache Geburt, war und ist der Städtebau doch in erster Linie eine kommunale Aufgabe. Der damalige Bundestag erkannte aber die Dringlichkeit und sah es als Bundesaufgabe, die Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik als Wirtschafts- und Wohnstandort zu stärken.

Starke Bedenken kamen allerdings damals vonseiten der FDP. Ihre Sorge war es, dass das Eigentum mehr als notwendig eingeschränkt würde. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, Ihre Haus- und Grundpolitik war schon damals deutlich erkennbar.

(Petra Müller [Aachen] [FDP]: Was ist daran falsch, an Haus und Grund?)

Privat vor Staat, Zwangssanierungen, Enteignungen, Mietnomaden – das sind die gelben Angstszenerien, mit denen Sie immer wieder die guten Ansätze der Städtebauförderung sabotieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Sebastian Körber [FDP]: Zwingen wir die Leute jetzt?)

Zukunftsfähige Stadtpolitik sieht anders aus. Dabei kann man noch nicht einmal behaupten, dass die

(D)

**Bettina Herlitzius**

- (A) schwarz-gelbe Regierung nicht wisse, was sie tue. Ich darf von Ihrer Homepage zitieren, liebe Kollegin Müller:

Dafür müssen wir die vorhandenen Städtebauförderprogramme an die veränderten sozialen, demografischen und ökologischen Rahmenbedingungen anpassen.

Warum tun Sie es dann nicht?

(Petra Müller [Aachen] [FDP]: Das habe ich gerade auch gesagt!)

Politik heißt gestalten, Politik heißt mitmachen, regieren. Aber Sie stümpfern seit zwei Jahren, seitdem Sie an der Regierung sind, an der Städtebauförderung herum.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Lieber Herr Minister Ramsauer, wenn wir über gestörte Verhältnisse reden, dann muss ich sagen, dass Sie ein gestörtes Verhältnis zur Städtebauförderung haben, um es vorsichtig auszudrücken. Anders kann ich mir das nicht erklären.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Nicht nur dazu! Auch zum ländlichen Raum!)

Mit der Veräppelung der Bürgerinnen und Bürger geht es weiter. Tatsächlich stellt sich die FDP hin und feiert sich als Retterin der Städtebauförderung,

- (B) (Petra Müller [Aachen] [FDP]: Wir feiern schon zusammen!)

obwohl die Programmansätze im Haushalt – das ergibt sich aus den Gesetzen der Mathematik – definitiv um 45 Millionen Euro gekürzt worden sind. Erzählen Sie uns doch keine Märchen!

(Petra Müller [Aachen] [FDP]: Nein! Um 47 Millionen rauf!)

– Liebe Frau Kollegin, ich weiß, dass in Nordrhein-Westfalen im Mathematikunterricht lange Zeit Mengenlehre gelehrt wurde, aber das ist doch keine Erklärung für diese Taschenspielertricks.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Zuruf von der CDU/CSU: Das war Ihre Schulpolitik übrigens! – Gegenruf des Abg. Christian Lange [Backnang] [SPD]: Das hat aber lange gedauert, bis Sie das gemerkt haben!)

Sie addieren einfach die 92 Millionen Euro des KfW-Programms für die städtebauliche Quartierssanierung zur Städtebauförderung. Das funktioniert so nicht. Das sind zwei völlig unterschiedliche Programme. Solide Finanzpolitik und Bürokratieabbau – auch das ist eines Ihrer großen Wahlkampfthemen – gehen anders.

Diese Koalition ignoriert das Parlament, wenn es um die politische Zusammenarbeit geht. Das muss man sich einmal vorstellen. Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung des Bundestages lädt zu einer Anhö-

zung zum Thema „Klimaschutz im Baurecht“ ein. Das ist gar nicht lange her; das war vor zwei Wochen. Aus ganz Deutschland wurden Fachleute eingeladen. Fünf Minuten nachdem die eineinhalbstündige Sitzung zu Ende war, ziehen die Vertreter der Regierungskoalition einen in den Grundsätzen völlig geänderten Gesetzentwurf aus der Tasche. Die ganze Anhörung war für die Katz. So gehen Sie mit den Fachverbänden, mit den Fachleuten und mit uns Fachpolitikern um! Das ist schwarz-gelbe Politikignoranz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Frau Kollegin, Herr Körber würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Möchten Sie die zulassen?

**Bettina Herlitzius** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ja.

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Bitte schön.

**Sebastian Körber** (FDP):

Vielen Dank, Frau Kollegin. – Sie haben zwei verschiedene Instrumentarien der Städtebaupolitik genannt. Sind Sie der Auffassung, dass das von Ihnen zitierte KfW-Programm nicht in den Städten zur Anwendung kommt? Wo wird es denn sonst verwendet? Auch das kommt doch der Städtebauförderung zugute. Teilen Sie meine Einschätzung?

**Bettina Herlitzius** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Körber, ich glaube, Sie haben die grundsätzlich unterschiedliche Fördersystematik noch nicht verstanden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Das ist doch kein Wunder!)

Ich kann nur noch einmal darauf hinweisen: Lesen Sie bitte das Gutachten, das uns die Regierung vorgelegt hat. Es geht um eine wirtschaftliche Bewertung des Investitionspakts für Schulen und kommunale Einrichtungen und der Städtebauförderung. Das Ergebnis ist ganz klar: Das Verhältnis bei der Akquirierung von öffentlichen und privaten Geldern beträgt bei der Städtebauförderung 1 : 8 und beim Investitionspakt 1 : 1,6. Das ist doch ein Riesenunterschied! Sie können doch nicht behaupten, das sei dasselbe.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie des Abg. Herbert Behrens [DIE LINKE])

Sie haben die Auswirkungen in den Städten angesprochen. Natürlich ist Ihr neues Programm eine Unterstützung – wir wollen das auch nicht schlechtmachen –, und auch das Programm „Energetisch Sanieren“ der KfW ist eine Unterstützung. Aber es ist nicht dasselbe.

**Bettina Herlitzius**

- (A) (Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Sören Bartol [SPD]: Genau! Das ist der Punkt!)

Herr Götz, ich bin sehr enttäuscht.

(Peter Götz [CDU/CSU]: Ich habe doch noch gar nichts gesagt! – Heiterkeit)

– Sie haben noch nichts gesagt, aber Sie bekommen gleich die Gelegenheit.

(Sören Bartol [SPD]: Schon ist er enttäuscht! – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Man ahnt schon, was kommt!)

Gerade Sie sind immer für interfraktionelle Einigkeit in der Bau- und Städtebaupolitik eingetreten. Gerade Sie haben immer betont, dass wir seit Jahren fachlich effektiv zusammenarbeiten und dass es – egal über welche politischen Themen wir uns gestritten haben – bei der Städtebauförderung und bei Änderungen im Baugesetzbuch immer eine interfraktionelle Einigung gab. Warum kündigen Sie das jetzt grundlos auf?

(Peter Götz [CDU/CSU]: Wo denn?)

Warum legen Sie uns seit drei Jahren diese desaströse Städtebaupolitik vor? Das ist nicht Ihr Stil.

(Peter Götz [CDU/CSU]: Danke für das Kompliment!)

Besinnen Sie sich doch endlich auf die ursprüngliche Verfahrensweise!

- (B) Worüber reden wir? Seit 1971 gibt es die Städtebauförderung. 5 000 Projekte in mehr als 2 300 Kommunen sind gefördert worden, und zwar flächendeckend in allen Bundesländern – schauen Sie sich die Karte an! –: in Bayern, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen. Es gibt die unterschiedlichsten Programmansätze – die Kollegin hat sie vorhin genannt –, die effektiv wirken. Es sind lernende Programme, die vor allen Dingen – das hat uns das Gutachten gezeigt – sehr viele Folgeinvestitionen auslösen.

Der geschätzte ausgelöste Investitionsbedarf des gesamten Programmes liegt bei über 65 Milliarden Euro. Nennen Sie mir ein anderes Förderprogramm des Bundes, das über all die Jahre diese Summen ausgelöst hat. Ich kenne keines. Das haben nicht nur wir in der Opposition uns so ausgedacht. Auch die Fachleute haben berechnet und belegt: Die Städtebauförderung erzielt beachtliche ökonomische Effekte, die weit über das Ziel der städtebaulichen und sozialräumlichen Erneuerung hinausgehen. Das kann sich sehen lassen. Mir ist kein anderes Programm bekannt, das so etwas leistet.

Die Städtebauförderung zu verbessern, bedeutet, die Lebensqualität in unseren Städten zu verbessern, das gemeinsame soziale Leben in Verbindung mit einem wirtschaftlich aktiven Leben zu einem Erfolgsmodell weiterzuführen.

Aber was macht die Regierung? Sie sind jetzt das dritte Jahr an der Regierung und kürzen den Mittelansatz zum dritten Mal um 10 Prozent; das ist so, Herr Minister Ramsauer. Damit gefährden Sie das soziale Gleichge-

wicht in unseren Städten und Kommunen. Denn es gibt heute Städte mit klar erkennbaren Missständen. Es gibt eine soziale Segregation in einigen Stadtvierteln. Natürlich gibt es auch gut und in sozialer Hinsicht funktionierende Kommunen und Städte, aber es gibt eben auch diese Missstände. Deswegen werden wir das Programm „Soziale Stadt“ und die Städtebauförderung weiterhin brauchen. (C)

Nicht zu vergessen: Die Städtebauförderung ist auch ein Jobmotor. Selbst der reduzierte Mittelansatz von 2011, der bei 455 Millionen Euro liegt, bewirkt eine Bruttowertschöpfung von 7,9 Milliarden Euro. Daraus entstehen 152 000 Arbeitsplätze, und zwar in Deutschland. Liebe Wirtschaftsförderer, das müssen Sie uns erst einmal nachmachen!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ganz wichtig ist an dieser Stelle – das wird auch durch das Gutachten belegt – der integrative Ansatz. Dadurch unterscheidet sich die Städtebauförderung von der KfW-Förderung. Es ist der integrative Ansatz, durch den Folgeinvestitionen ausgelöst und Firmen, Verbände und Bewohner an einen Tisch geholt werden. Nur so entstehen Konzepte für Stadtviertel, nur so entsteht eine Identifikation mit dem Stadtviertel, und nur so werden Bewohner auch zu Kümmernern, die sich für ihr Stadtviertel verantwortlich fühlen.

Die investitionsbegleitenden Maßnahmen – damit komme ich zu einem ganz entscheidenden Punkt, der gerade bei den Kollegen der FDP immer auf Widerstand stößt – stellten im Programm „Soziale Stadt“ eine ganz wichtige Voraussetzung dar. (D)

(Sebastian Körber [FDP]: Das kann doch jede Kommune machen!)

Nicht nur wir, die Opposition, sind zu dieser Erkenntnis gekommen. Aus der Leipzig-Charta der EU, die wir alle unterzeichnet haben, geht hervor, dass gerade die nicht investiven Mittel, die investitionsbegleitenden Mittel, für die Qualitätssicherung einer Städtebauförderung sorgen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Frau Kollegin, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

**Bettina Herlitzius (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ja, ich komme zum Schluss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierung, lassen Sie Ihren schönen Worten endlich Taten folgen! Hören Sie mit Ihren Sonntagsreden – oder Freitagsgesprächen – auf! Helfen Sie den Menschen in unserem Land! Unterstützen Sie die Länder und Kommunen mit einer Städtebauförderung, die verlässlich ist und ihren Namen verdient!

(Sebastian Körber [FDP]: Machen wir doch!)



Peter Götz

- (A) Sie sitzt im Schmollwinkel und versucht krampfhaft, den Untergang des Abendlands herbeizureden.

(Sören Bartol [SPD]: Herr Götz, das stimmt doch nicht!)

Dabei vollziehen sich für die Stadtentwicklung mit dem vom Bundeskabinett am Mittwoch dieser Woche verabschiedeten Haushaltsentwurf neue Sonnenaufgänge.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Für jemand, der behauptet, mit der Kommunalpolitik verbunden zu sein, ist das eine Schande!)

Lieber Herr Kollege, über 500 Millionen Euro für die Stadtentwicklung – wenn Sie es richtig zusammenzählen können – in 2012 und 2013,

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: 410! – Florian Pronold [SPD]: Von 455 auf 410! Das verkaufen Sie noch als Erfolg! Pinocchio ist dagegen ein Waisenknabe gewesen!)

– ich glaube, dass Ihnen das wehtut, aber ich erspare es Ihnen nicht –

(Zuruf des Abg. Christian Lange [Backnang] [SPD])

1,5 Milliarden Euro jährlich zusätzlich für das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm, und es kommen – wenn der Bundesrat zustimmt – jährlich weitere 1,5 Milliarden Euro für die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung hinzu. Lieber Herr Kollege Bartol, eine solche Summe haben Sie in Ihrer Regierungszeit noch nie erreicht. Diesen Erfolg sollten Sie endlich einmal anerkennen.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Nun zu Ihnen, liebe Kollegin Herlitzius. Wir haben in der letzten Woche im Gesetzentwurf den Klimaschutz im Planungsrecht der Gemeinden an exponierter Stelle verankert. Das wissen Sie sehr wohl. Wir brauchen mehr erneuerbare Energien und mehr Energieeffizienz im Gebäudebereich. Das alles hat unmittelbare Auswirkungen auf die Stadtentwicklung. Deshalb ist es der richtige Ansatz, die klassische Städtebauförderung um die energetische Stadtsanierung zu erweitern.

Wir sind Bundesminister Dr. Ramsauer sehr dankbar, dass er es geschafft hat, zusätzlich zu den – von Ihnen kritisierten – 410 Millionen Euro Städtebaufördermitteln für das kommende Jahr 92 Millionen Euro aus dem Energie- und Klimafonds für die energetische Stadtsanierung einzuplanen.

(Sören Bartol [SPD]: Das ist was anderes!)

– Aber es kommt der Stadtentwicklung und dem Städtebau zugute.

(Florian Pronold [SPD]: Kommt das Berliner Stadtschloss auch?)

Wenn der vorhin bereits angesprochene einstimmige Beschluss der Bauministerkonferenz vom Juni dieses Jahres fordert, die vorgesehenen Mittel der KfW zur energetischen Stadtsanierung in die bewährte Systematik der gemeinsamen Städtebauförderung einzugliedern,

(Heidrun Bluhm [DIE LINKE]: Zu Recht!)

(C)

dann verstehe ich dies zunächst als Aufforderung der Länderbauminister an ihre eigenen Landesregierungen, die 92 Millionen Euro des Bundes durch eigene Landesmittel noch einmal aufzustocken, weil bei der klassischen Städtebauförderung eine Drittelfinanzierung gilt.

(Sören Bartol [SPD]: Das ist ja der Sinn! Das ist genau der Sinn!)

Dafür sollen die Länder ihre 92 Millionen in die Hand nehmen; wenn die Kommunen es ebenfalls tun, erhöht und verbessert sich der Wirkungsfaktor zusätzlich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie müssen doch eh ihren Landesanteil dazutun!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen die Städtebauförderung nicht isoliert betrachten. Deshalb war es richtig, sie gezielt mit anderen Instrumenten zu verzahnen. Gerade bei Problemvierteln hat es sich bewährt, eine Verknüpfung mit arbeitsmarktpolitischen Instrumenten herzustellen. So wurde das ergänzende Programm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ zu Recht in der Großen Koalition auf den Weg gebracht und von Bundesminister Ramsauer Ende vergangenen Jahres in eine zweite Förderungsrunde geschickt. Von 2011 bis 2014 sollen dafür 83 Millionen Euro bereitgestellt werden. Damit wird die Arbeit in den Quartieren erneut gestärkt, gerade in den Problemgebieten der sozialen Stadt. Sie haben das Thema vorhin kritisch angesprochen; aber die Vorwürfe der Opposition in Bezug auf dieses Programm sind bei objektiver Betrachtung hoffnungslos überzogen.

(D)

Die Oppositionsredner haben die Finanzlage der Kommunen angesprochen. Tatsächlich stehen viele Städte und Gemeinden nach wie vor mit dem Rücken zur Wand. Die internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat auch vor den Kommunen nicht haltgemacht. Sie bekamen die Auswirkungen zeitversetzt zu spüren: Nachdem die Kommunen 2007 und 2008 Rekordüberschüsse erzielen konnten, brachen ihre Einnahmen in 2009 und 2010 weg, und das bei steigenden Ausgaben, vor allem im sozialen Bereich. Auch hier rächt sich, dass die rot-grüne Regierung 2003 die Altersgrundsicherung eingeführt und die Kosten einfach auf die Kommunen übertragen hat, ohne für die notwendige Finanzierung zu sorgen. Die dadurch steigenden Sozialausgaben führten neben den krisenbedingten Einbrüchen zu einer strukturellen Schiefelage. Das war neben vielen anderen Entscheidungen zulasten der Kommunen der Tiefpunkt einer ignoranten rot-grünen Bundespolitik gegenüber den Städten und Gemeinden. Dafür tragen Sie – ausschließlich Sie – die Verantwortung.

Es war von Anfang an unser Anliegen, alles zu tun, um den Kommunen aus der Krise herauszuhelfen. Wir haben in der christlich-liberalen Koalition von Beginn an sehr viel für die Kommunen erreicht. Es zeichnet sich bereits heute ab, dass die Städte, Gemeinden und Kreise im Jahr 2012, also bereits im kommenden Jahr, im Bundesdurchschnitt mit ausgeglichenen Haushalten rechnen

Peter Götz

- (A) können. Das eröffnet neue Spielräume, auch im Bereich des Städtebaus.

Mit der schrittweisen Übernahme der einst von Rot-Grün auf die Kommunen übertragenen Kosten der Altersgrundsicherung entlasten wir die Kommunen bei den Sozialausgaben bis 2015 um etwa 12,2 Milliarden Euro; bis 2020 wird der Bund die kommunalen Kassen allein durch die Übernahme dieser Kosten um rund 54 Milliarden Euro entlasten. Das kommt vor allem den strukturschwachen und besonders armen Städten und Gemeinden zugute.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Eine Kommunalentlastung in dieser Größenordnung ist in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einmalig. Der Bund wird damit seiner Verantwortung gerecht. Jetzt stehen an erster Stelle die Länder für ihre Kommunen in der Pflicht.

(Uwe Beckmeyer [SPD]: Sie sind ein Weißwäscher, Herr Kollege!)

– Nach unserer Finanzverfassung gibt es eine Finanzbeziehung zwischen den Ländern und den Kommunen. Sie wissen sehr gut, dass es eine Finanzbeziehung zwischen dem Bund und den Kommunen in dieser Form nicht gibt.

(Uwe Beckmeyer [SPD]: Die Kürzungen können Sie nicht wegreden!)

Lieber Kollege, wenn die Schlüsselzuweisungen SPD-geführter Länder, wie jetzt vom Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz festgestellt, nicht die verfassungsrechtlichen Anforderungen an eine angemessene kommunale Finanzausstattung erfüllen, dann ist das mehr als nur peinlich. Diese unverantwortliche Politik gegenüber den Städten, Gemeinden und Kreisen wird leider nicht nur vom Ministerpräsidenten Beck aus Rheinland-Pfalz betrieben. Auch in Baden-Württemberg, einem Land, das im besten Zustand an eine grüne Regierung übergeben wurde,

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Alle freuen sich! Alle freuen sich über den Regierungswechsel!)

wird derzeit versucht, die von den baden-württembergischen Kommunen aufgrund der positiven finanziellen Entwicklung erzielten Überschüsse über den kommunalen Finanzausgleich abzuschöpfen.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Alle sind stolz auf die neue Landesregierung!)

Meine Damen und Herren, es ist unanständig, erst die Kommunen ausbluten zu lassen und anschließend den Bund zu deren Rettung aufzufordern.

(Florian Pronold [SPD]: Es ist unanständig, die Redezeit für Ablenkungsmanöver zu nutzen! Das sind Nebenkriegsschauplätze!)

Lassen Sie uns deshalb den Menschen vor Ort gemeinsam die Chancen und Möglichkeiten zurückgeben, damit sie ihre Heimat wieder selbst gestalten und sich im Wettbewerb behaupten können.

Herzlichen Dank.

(C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Florian Pronold [SPD]: Peinlich war das!)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Franz Müntefering hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Franz Müntefering (SPD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist klar, dass das Geld endlich ist und man nicht alles, was man sich wünscht, bekommt. Mit dieser Erwartung bin ich auch gar nicht hergekommen. Herr Ramsauer, die Uninspiriertheit, mit der Sie die Rede vorgelesen haben, die Ihnen ein Erbsenzähler aufgeschrieben hat, fand ich angesichts der Probleme, die die Kommunen im Augenblick haben, aber schon beachtlich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie das einem Sozialdemokraten nicht glauben, dann empfehle ich Ihnen: Sprechen Sie einmal mit Oscar Schneider! Es gab auch mal andere Zeiten. Es gab große Städtebau- und Wohnungspolitiker bei der CDU und bei der CSU. Das, was Sie hier vorgetragen haben, macht eines deutlich: Sie haben entweder nicht verstanden, wo die Probleme liegen, oder es interessiert Sie nicht besonders.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Wir leben in diesem Land auf Pump, wir leben von der Substanz, und die Städte und Gemeinden können zu wenig Prävention betreiben. Alles drei kommt zusammen. Das belastet die Städte und Gemeinden in ganz besonderer Weise, und zwar alle 12 400, die wir haben; das gilt für die ganz großen und die ganz kleinen. Das gilt überall, wenn auch in ganz unterschiedlicher Weise. Die Städte und Gemeinden erwarten von uns und den Ländern, dass ihnen geholfen wird, damit sie sich aus dieser Situation herausarbeiten können.

Jedenfalls ist klar: Stadtentwicklung für Städte und Gemeinden ist kein Zuckerguss, den man sich leisten kann oder auch nicht. Arme Kommunen werden den Staat und die Gesellschaft sehr teuer zu stehen kommen. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass unsere Städte und Gemeinden in Ordnung sind und ihre Aufgaben erfüllen können. Dazu gehört Stadtentwicklung. Wir dürfen nicht nur darüber reden, nicht nur ein bisschen Geld dahin oder dorthin schieben, sondern wir müssen eine Perspektive für die Städten eröffnen. Darum geht es.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen betrachten wir mit Sorge, dass die Demokratie in vielen Städten und Gemeinden an vielen Stellen zur Farce wird. Die Kolleginnen und Kollegen, die in den Parlamenten vor Ort sitzen, haben keine Chance, das eine oder andere, und seien es auch nur Kleinigkeiten, selbst zu bestimmen. In vielen Städten und Gemeinden

### Franz Müntefering

- (A) bekommen sie von entsandten Beamten Bescheid darüber, was sie tun können und was nicht. Das ist demokratiehygienisch ein großes Problem, mit dem wir es in Deutschland in vielen Städten zu tun haben. Das gilt nicht für alle Städte, aber doch für viele. Ich empfehle sehr, dass wir uns diese Situation anschauen und dafür sorgen, dass in den Städten und Gemeinden wieder entschieden werden kann, wie Oscar Schneider, Oswald von Nell-Breuning oder andere es immer gelehrt haben. Wer Subsidiarität will, der muss auch dafür sorgen, dass in den Städten entschieden werden kann. Nur wenn die Städte die erforderlichen Instrumente und das nötige Geld haben, kann das Ganze funktionieren. Das müssen wir sehen. Darauf müssen wir Antworten geben, Herr Ramsauer.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- 1971, als die Städtebauförderung entstand, begann der Minister Lauritz Lauritzen seine Rede vor dem Deutschen Bundestag mit dem Motto des Deutschen Städtetages. Das hieß: „Rettet unsere Städte jetzt!“ Das ist aus heutiger Sicht vielleicht ein bisschen dramatisch. Ich will das nicht überzeichnen, halte es angesichts der Situation in einigen Städten aber durchaus für zeitgemäß, wieder über diese Frage zu sprechen: Was können wir eigentlich tun? Diese Idee des Städtebaus hing damals ganz eng mit „Mehr Demokratie wagen“ zusammen, mit der großen Parole dieser Zeit, in der es darum ging – auch in den Städten –, die Fenster und Türen aufzumachen und die Menschen einzuladen, mitzumachen. Die Aufgabe damals war vor allen Dingen, dafür zu sorgen, dass der Ausbau gestaltet wird und die Städte nicht einfach so wuchern.

(B)

Heute kommen andere Aufgaben hinzu. Zum Beispiel ist der Rückbau zu organisieren, um nicht eine Implosion der Städte und Gemeinden zuzulassen. Wir müssen dafür sorgen, dass wir Prävention machen können, statt auf Repression zu setzen. Das, was Sie gesagt haben, Herr Götz, war nicht ganz falsch. Was wir an Kinder- und Jugendarbeit in den Städten nicht mehr machen können, weil die Programme zur sozialen Arbeit und „Soziale Stadt“ rasier werden, kommt uns teuer zu stehen. Das kostet uns in den darauffolgenden Jahren das Doppelte und Dreifache. Jugendstrafvollzugsanstalten sind teurer als eine vernünftige Kinder- und Jugendarbeit in den Städten und Gemeinden. Da müssen wir ran.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt auch für den Vorzug für die Inklusion gegenüber der Gettoisierung und das Motto „Ambulant vor stationär“. Diese Stichworte wurden hier angesprochen.

Heute leben in Deutschland 81 Millionen Menschen. In 40 Jahren werden es 65 oder 68 Millionen Menschen sein. Wir sind auf dieser Rutsche unterwegs. Alle im Land sprechen darüber; nur, wir handeln nach dem Motto „Das war schon immer so! Das war noch nie anders! Da kann ja jeder kommen!“ und tun so, als ob alles in Ordnung wäre. In Wirklichkeit ist es höchste Zeit, Antworten zu geben. Wir müssen uns um die Städte

- kümmern, die weiter wachsen und zu explodieren drohen, aber auch um diejenigen, die große Probleme haben, mit der Schrumpfung fertigzuwerden. Wir sind mitten in diesem Prozess. Wir müssen die Debatte auch im Deutschen Bundestag aufnehmen und mit den Städten und den Ländern Lösungsmöglichkeiten suchen. Die Menschen vor Ort haben Anspruch darauf, dass wir uns darum kümmern und die Probleme und Aufgaben nicht mit der Melodie „Alles in Ordnung“ beiseiteschieben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie kürzen die Mittel für das Programm „Soziale Stadt“. Die soziale Arbeit wird reduziert, die Freiwilligendienste werden an vielen Stellen chaotisiert. Das alles trifft die Städte und Gemeinden in ganz besonderer Weise. Städte und Gemeinden haben – das ist keine Sentimentalität – in der hochmobilen Zeit, in der wir leben, eine ganz besonders wichtige Funktion für die Menschen. Da sind sie zu Hause, dafür engagieren sie sich, damit wollen sie sich identifizieren, und da sind sie erreichbar. Der Staat hat den Sozialstaat zu sichern, aber die soziale Gesellschaft gelingt in den Kommunen, oder sie gelingt nicht. Wir wollen, dass soziale Gesellschaft in den Kommunen gelingt, und zwar mit viel Eigeninitiative von Verbänden und Organisationen, von Nachbarschaften, von Menschen in den Städten. Sie kann gelingen. Nur, die Menschen müssen von uns das Zeichen bekommen, dass wir ihnen den dafür nötigen Raum geben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von den 18 Forderungen, die wir Ihnen zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen von den Grünen vorgelegt haben, möchte ich drei stichwortartig erwähnen.

Erstens. Stocken Sie die Mittel für das Programm „Soziale Stadt“ auf.

(Petra Müller [Aachen] [FDP]: Haben wir doch getan!)

Sorgen Sie dafür, dass es wieder eine intensive Zusammenarbeit mit Bildung und Gesundheit, mit Arbeit, Wirtschaft, Integration und Sport gibt, sodass wir die Mittel nicht für lauter kleine Programme verkleckern, sondern alles in einem Programm zusammenführen.

Zweitens. Sprechen Sie mit den Ländern, sprechen Sie mit den Kommunen, stärken Sie die lokale Demokratie dadurch, dass wir ein Zeichen setzen. Kommunalpolitik ist nicht das Kellergeschoss der Politik, wo sozusagen der Rest aufgearbeitet werden muss. Kommunalpolitik ist vielmehr eine tragende Säule der Demokratie. Sie ist genauso wichtig wie Bundes- und Landespolitik. Das müssen wir hier verstehen und den Menschen vor Ort sagen, damit sie begreifen, dass wir sie ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C)

(D)

**Franz Müntefering**

- (A) Drittens. Lassen Sie uns mit den Ländern und mit den kommunalen Spitzenverbänden ein Gespräch führen, damit die Städte, die schon unter dem Regime der Haushaltssicherung sind, eine Chance haben und nicht abgehängt werden. Wir erleben eine soziale Spaltung zwischen den Städten und den Stadtteilen. Manchen geht es ganz gut. Auf die Aussage „Im Durchschnitt ist das ja in Ordnung“ sage ich: Es kann ja in Ordnung sein, aber es sind einige dabei, die abschmieren, und zwar in verheerender Weise. Es geht nicht um abstrakte Städte, sondern um die Menschen, die dort wohnen und das auszuhalten haben.

(Peter Götz [CDU/CSU]: Das müssen die Länder regeln!)

In diesem Sinne sollten wir weiter miteinander an der Stadtentwicklung, Städtebauförderung und an der Zukunft unserer Städte und Gemeinden arbeiten.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Sebastian Körber hat jetzt das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

**Sebastian Körber (FDP):**

- (B) Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Müntefering, Sie haben jetzt hinsichtlich der Theorie viel Richtiges gesagt; das war ein stadphilosophischer Ansatz. Aber mich würde sehr interessieren – schließlich ist das unsere Aufgabe als Parlament –, mit welchen Summen wir das Ganze im Haushalt hinterlegen sollen. Dazu habe ich bis jetzt nichts von Ihnen gehört. Ich denke, auch das ist ein wichtiger Ansatz.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Da ich jetzt keinen Zwischenruf gehört habe, gehe ich davon aus, dass Sie noch in der Findungsphase sind.

(Lachen bei der SPD – Uwe Beckmeyer [SPD]: Bei der Findungsphase seid ihr besser! – Florian Pronold [SPD]: Vielleicht ist Ihre Rede so blöd, dass man nicht einmal dazwischenrufen will! – Gegenruf des Abg. Otto Fricke [FDP]: Herr Pronold, das ist aber ein netter Angriff! Gleich persönlich werden!)

– Herr Pronold, ich komme gleich zu Bayern. – Wenn wir anlässlich des 40-jährigen Jubiläums die Ursprünge der Städtebauförderung eruieren wollten, sollten wir einmal in die Bayernhymne schauen:

Er behüte deine Fluren,  
schirme deiner Städte Bau ...

Ich denke, der Ursprung der Städtebauförderung ist damit ganz klar.

(C) Ich bleibe beim Beispiel Bayern – Herr Pronold, da können Sie als Landesvorsitzender vielleicht noch etwas lernen –: Bayern ist ein Land, das relativ gut dasteht. Schauen wir uns einmal meine Heimatregion Oberfranken und Mittelfranken mit der Metropole Nürnberg an. Dort haben wir ganz andere Aufgaben als vielleicht im östlichen Teil Bayerns, wo es – Stichwort: demografische Entwicklung – eher Bevölkerungsabwanderungen gibt. Daher muss man die Städtebauförderung ganz gezielt – auch darüber müssen wir sprechen – regionalspezifisch ausgestalten.

Städtebauprojekte können durch Verbesserungen des Wohnumfelds Identifikation vor Ort schaffen und dazu beitragen, Menschen in den Regionen, wo Abwanderungen stattfinden, zu halten. Hierfür gibt es im Bereich der Städtebauförderung sehr viele unterschiedliche Instrumente. Es gibt auch unterschiedliche Programme. Ich glaube, niemand hier im Raum stellt die Wirtschaftlichkeit des Ganzen infrage, da jeder eingesetzte Euro bekanntlich Investitionen in Höhe von 7, 8 oder 9 Euro nach sich zieht.

(Florian Pronold [SPD]: Warum kürzen Sie es denn dann?)

Wie wir bereits gehört haben, stellt dies gerade für das Handwerk vor Ort – der Bundeswirtschaftsminister hat dies in der vorigen Debatte ausgeführt – einen sehr guten Anreiz dar.

(D) Ich möchte Ihnen kurz erläutern, wie sich die Mittel für die Städtebauförderung zusammensetzen. Sie sagen immer, im Vergleich zum letzten Jahr sei es in diesem Haushaltsjahr, in dem vom Parlament 455 Millionen Euro dafür bereitgestellt worden sind, zu Kürzungen gekommen.

(Hans-Joachim Hacker [SPD]: Nein, generell!  
In Ihrer ganzen Politik!)

Wenn ich die entsprechenden Zahlen addiere, komme ich zu einem anderen Ergebnis. Die Städtebaufördermittel haben ein Volumen von 410 Millionen Euro;

(Sören Bartol [SPD]: Ja! Das ist doch weniger, oder?)

ich denke, insoweit besteht Konsens. Ich gehe bei meiner Berechnung aber anders als die Kollegin Herlitzius vor. Ich bin nämlich sehr wohl der Auffassung, dass das neu zu schaffende KfW-Programm „Energetische Stadt-sanierung“ in den Städten und Gemeinden Wirkung entfalten wird. Wenn man dies berücksichtigt, erreichen die Städtebaufördermittel ein Volumen von über 500 Millionen Euro.

(Sören Bartol [SPD]: Nein! Weil es systematisch anders ist!)

Das sind über 45 Millionen Euro mehr, als wir in diesem Jahr bereitstellen.

(Heidrun Bluhm [DIE LINKE]: Das ist doch ein reiner Kredit! Verstehen Sie es doch endlich!)

**Sebastian Körber**

- (A) – Frau Bluhm, da Sie gerade von einem Kredit gesprochen haben, muss ich Ihnen sagen: Ich weiß nicht, inwieweit Sie in der Thematik sind.

(Lachen bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Heidrun Bluhm [DIE LINKE]: Besser als Sie! – Bettina Hagedorn [SPD]: Meine Güte! Wie arrogant!)

Auch wenn eine Kommune einen Kredit braucht, um vor Ort Städtebaufördermaßnahmen umzusetzen, ist der Effekt – darauf kommt es doch an – der gleiche.

(Heidrun Bluhm [DIE LINKE]: Aber das ist viel teurer! – Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch nicht dasselbe!)

Die eine Kommune kann damit vielleicht ganz gut operieren, die andere Kommune geht vielleicht einen anderen Weg.

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linken, sollten an dieser Stelle sowieso ganz ruhig sein. Die Linken sind die Nachfolgepartei der SED. Man muss sich nur einmal anschauen, welch triste, graue und kaputte Städte Sie uns in den neuen Bundesländern hinterlassen haben.

(Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na ja! Das ist jetzt aber auch schon über 20 Jahre her!)

- (B) Ich sage nur: normierte Platten und standardisierte Grundrisse. Sie müssen uns im Hinblick auf die Städtebauförderung wirklich keine Ratschläge geben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Heidrun Bluhm [DIE LINKE]: Tun wir aber! – Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch billige Polemik! – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Das ist ein ganz billiges Argument! – Gegenruf des Abg. Otto Fricke [FDP]: Aber es ändert nichts daran, dass es wahr ist!)

– Leider aber auch ein zutreffendes.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den Grünen, niemand hindert Sie daran, diese Maßnahmen in den Ländern, in denen Sie Regierungsverantwortung übernommen haben – in Baden-Württemberg und in Nordrhein-Westfalen –, umzusetzen. Im Wahlkampf haben Sie das noch mit dicken Backen versprochen.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Ach ja? Wann denn?)

Ich habe noch nicht festgestellt, dass Sie die entsprechenden Maßnahmen gegenfinanzieren können, um diese Programme aufzufangen.

(Otto Fricke [FDP]: Wenn es zum Schwur kommt, haben sie nichts! Wie immer!)

Wenn Sie an dieser Stelle Kritik äußern und wenn Ihnen dieses Thema so wichtig ist, muss ich Ihnen sagen: Sie können doch handeln.

Frau Wagner und Frau Herlitzius – vielleicht hören Sie mir kurz zu; (C)

(Otto Fricke [FDP]: Das können die nicht!)

so sehr scheint Sie dieses Thema ja doch nicht zu interessieren –, sprechen Sie doch einmal mit dem Kollegen Kretschmann. Dann können Sie die Maßnahmen vielleicht vor Ort umsetzen.

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Herr Kollege, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Pronold zulassen?

**Sebastian Körber (FDP):**

Aber natürlich.

**Florian Pronold (SPD):**

Es gibt nach der Geschäftsordnung auch die Möglichkeit der Zwischenbemerkung. Da ich glaube, dass eine Frage wenig Sinn macht, möchte ich eine Bemerkung machen.

(Otto Fricke [FDP]: Das ist auch einfacher! Fragen ist schwerer!)

Erstens. Einige Länder haben es trotz schwieriger Haushaltsbedingungen geschafft, die Kürzungen beim Programm „Soziale Stadt“ auszugleichen. Dies gilt zum Beispiel für das Land Berlin, falls Sie das nicht wissen.

(Petra Müller [Aachen] [FDP]: Die mussten ja auch!)

Zweitens zu dem Aspekt, den Sie vorhin angesprochen haben. Sie hätten sich die Mühe machen sollen, Orte in Bayern zu besuchen, in denen Projekte des Programms „Soziale Stadt“ durchgeführt werden; dies geschieht unter anderem in Nürnberg und in manchen ländlichen Räumen. Sie hätten sich von den Menschen berichten lassen sollen, welch positive Entwicklungen eingetreten sind. (D)

(Alexander Süßmair [DIE LINKE]: Genau!)

Außerdem hätten Sie das Gutachten, das im Auftrag der Bundesregierung verfasst worden ist, lesen sollen. Darin heißt es: Das Verhältnis zwischen jedem eingesetzten Euro und den Investitionen, die er nach sich zieht, beträgt 1 zu 7. Ich frage Sie: Wie können Sie sich vor diesem Hintergrund hier hinstellen und die Kürzungen beim Programm „Soziale Stadt“ sowie die Kürzung der Mittel für die Städtebauförderung auch noch schönreden?

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Sebastian Körber (FDP):**

Die Frage, die Sie mir gestellt haben, Herr Kollege Pronold, werde ich gerne beantworten. Ich bin noch gar nicht auf die Programme zu sprechen gekommen. Hier haben wir einen Mittelaufwuchs zu verzeichnen. Ich vermute, dass ich mir gerade aufgrund meines beruflichen Hintergrunds als Architekt wahrscheinlich schon viel mehr solcher Projekte angeschaut habe als Sie. Ich lade Sie gerne ein, in Bayern gemeinsam mit mir solche Pro-

**Sebastian Körber**

- (A) jekte anzusehen. Dann kann ich Ihnen vielleicht dies oder jenes erläutern und Ihnen den einen oder anderen Sachverhalt, den Sie noch immer nicht richtig erfasst haben, erklären.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Arrogant!)

Sie haben das Land Berlin angesprochen. Hier tragen Sie Regierungsverantwortung; das ist richtig. Ich glaube, kein anderes Land hat mit der Städtebauförderung so viel Missbrauch betrieben, gerade was das Programm „Soziale Stadt“ betrifft, wie Berlin bzw. die Koalition aus Linken und SPD.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Sören Bartol [SPD]: Was ist denn Missbrauch in Ihren Augen?)

Herr Pronold, jetzt können Sie sich wieder setzen. Dann kann ich in meiner Rede fortfahren; vielen Dank.

Die Schwerpunkte der Koalition liegen ganz konkret in der Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels, der demografischen Umbrüche, des sozialen Zusammenhalts und der Stärkung der Innenstädte, auch was die historischen Kerne angeht. Wichtig ist auch eine bessere Unterstützung kleiner und mittlerer Städte und Gemeinden. Diese Koalition hat ein glasklares Bekenntnis zum ländlichen Raum abgegeben. So hat sie die Mittel für das Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“ und für das Programm „Soziale Stadt“ prozentual deutlich erhöht. Ich denke, das steht außer Frage. Das ist eine sehr wichtige Querschnittsaufgabe, zu der wir uns ganz klar bekennen.

(B)

Ich erlaube mir noch anzumerken, weil das auch zu unserem Gestaltungsauftrag gehört, dass wir auch die Bürgerinnen und Bürger vor Ort aufrufen müssen, konkret teilzuhaben, und darauf hinweisen müssen, dass sie nicht immer nur mit Ja oder Nein für etwas abstimmen können.

An dieser Stelle gehört es sich auch – das hat bisher noch keiner getan –, den Gemeinde- und Stadträten vor Ort, den Mitarbeitern der kommunalen Planungsdezernate, den Vereinen und Initiativen Danke zu sagen, weil sie das gemeinsam entwickeln. Wir können hier nur finanzielle Rahmendaten festlegen. Aufgrund der gesellschaftlichen und demografischen Veränderungen gibt es in diesem Bereich sehr große Herausforderungen. Wir alle sollten uns hier wirklich ernsthaft und konstruktiv Ansätze überlegen, wie wir der Situation Herr werden können. Dazu gehört für uns maßgeblich die Bereitstellung des finanziellen Rahmens. Ich lade Sie ein, weiterhin konstruktiv daran mitzuarbeiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Roland Claus hat das Wort für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Roland Claus (DIE LINKE):**

(C)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben einen guten Antrag vorgelegt. Die Landesbauminister haben einen guten Beschluss gefasst, und zwar einstimmig. Deshalb haben wir Linke diesen Beschluss hier als Antrag eingebracht. Ich finde, so viel Gutes verdient auch eine Mehrheit im Deutschen Bundestag.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich war gespannt, welche Argumente Koalition und Regierung dagegen vorbringen könnten, und ich war schon erstaunt, als uns Minister Ramsauer in die Geheimnisse seiner höheren Mathematik eingeführt hat. Er hat, so hörten wir, die Halbierung halbiert, und bei ihm kommt dann immer noch Dreiviertel raus. Ich sage einmal ganz offen: Als Dreiviertelminister sind Sie mir im Kabinett einfach ein Stück zu wenig, Herr Minister.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Otto Fricke [FDP]: Sie wollen den ganzen Ramsauer!)

Wenn Sie diese Mathematik so weiter treiben, dann müssten wir diesen Maßstab vielleicht auch einmal bei den Haushaltsberatungen anlegen, wenn es um den Haushaltsposten Ministergehalt geht.

(Heiterkeit bei der LINKEN – Florian Pronold [SPD]: Wenn wir nach Leistung bezahlen würden, bekäme er gar nichts!)

(D)

40 Jahre Städtebauförderung, zu diesem Thema kann man einen großen historischen Bogen schlagen. Ich will das einmal aus ostdeutscher Sicht beleuchten. Der Stadtumbau Ost nach der deutschen Einheit findet – das ist parteiübergreifend unbestritten – in allen Wählerinnen- und Wählerschichten große Anerkennung; Franz Müntefering hat das schon gesagt. Inzwischen gibt es einen ostdeutschen Erfahrungsvorsprung bei diesem Stadtumbau, bei diesen demografischen und sozialen Prozessen. Es gibt jetzt auch einen Stadtumbau West. Man könnte denken, man finge an, den ostdeutschen Erfahrungsvorsprung beispielsweise bei schrumpfenden Städten anzuerkennen, aufzugreifen und zu nutzen. Das ist aber leider nicht der Fall.

Ich will Sie auch daran erinnern, dass es lange vor der deutschen Einheit Städtepartnerschaften zwischen Ost und West gab. Westdeutsche Städte mit ostdeutschen Partnerstädten waren immer darum bemüht, dass ihre ostdeutsche Partnerstadt ein bisschen besser aussah als andere Städte im Osten. Das war damals Teil eines Programms nach dem Prinzip „Wandel durch Annäherung“. Der Westen war damals aber auch in der Lage – das können Sie sich von renommierten Architekten und Städteplanern erklären lassen –, vom Osten zu lernen. Manche städtebauliche Sünde fand in der DDR nämlich nicht statt, weil das Geld dazu fehlte. Ich will sagen: Wir hätten schon, konnten aber nicht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der LINKEN und der SPD)

**Roland Claus**

- (A) Zurück zur Gegenwart und zur Zukunft. Städtebauförderung und energetische Gebäudesanierung gehören nun wirklich unbestritten zu den erfolgreichsten Förderinstrumenten des Bundes. Deshalb kann ich eine Bundesregierung und eine Koalition, die sich selbst ihrer besten Förderinstrumente berauben, nach wie vor überhaupt nicht verstehen – und heute schon gar nicht. Das ist doch einfach absurd, was Sie hier betreiben.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie können noch tausendmal argumentieren, die energetische Gebäudesanierung werde jetzt aus einem anderen Topf finanziert und das komme den Kommunen zugute. Das mag alles richtig sein. Aber erstens stammen die Mittel hierfür aus dem Energie- und Klimafonds, und über die Einnahmeseite dieses Fonds sind wir uns überhaupt noch nicht sicher.

(Sören Bartol [SPD]: So ist es! – Otto Fricke [FDP]: Ein wesentlicher Teil schon!)

Einen Anspruch der potenziellen Anwender dieses Programms gibt es deshalb noch nicht. Eines wollen wir aber nicht: eine energetische Gebäudesanierung nach Kassenlage.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens wollen Sie offensichtlich nicht begreifen, dass es wesentlich ist, ob über bereitgestellte Mittel von einem Ministerium verfügt werden kann, sie also in den Instrumentenkasten einer ganzheitlichen Städtebau- und Förderpolitik eingebaut werden können. Das ist jetzt nicht mehr der Fall; das beklagen auch Ihre Ministerkollegen in den Ländern.

- (B)

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will die Kollegen der SPD, die ich schon sehr gelobt habe,

(Florian Pronold [SPD]: Nicht enttäuschen!)

auf den ersten Punkt ihres Antrags verweisen, in dem gefordert wird, die kommunale Kaufkraft zu stärken. Das ist zwar richtig, aber auch ziemlich frech.

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Herr Kollege!

(Florian Pronold [SPD]: Die Redezeit ist jetzt um! – Sören Bartol [SPD]: Das war Schicksal! – Heiterkeit bei der SPD)

**Roland Claus (DIE LINKE):**

Im Moment leiden die Kommunen unter der Unternehmensteuerreform von Rot-Grün, die ihnen die Luft zum Atmen nimmt. Tun Sie Buße, indem Sie weiter gute Anträge machen! Meine Fraktion ist es leid, Bußetun als unser Alleinstellungsmerkmal anzusehen.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

(C)

Wenn ich gewusst hätte, dass Sie noch von Buße sprechen, hätte ich Sie mitnichten auf die überschrittene Redezeit aufmerksam gemacht.

Patrick Schnieder hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Patrick Schnieder (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf zunächst einmal unserem Minister sehr herzlich gratulieren,

(Zuruf von der SPD: Zu was?)

nicht nur dazu, dass es ihm gelungen ist, die Städtebauförderung nach 40 Jahren Erfolgsgeschichte auch in der Gegenwart auszugestalten und für die Zukunft fit zu machen,

(Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Retter!)

sondern auch dazu – das habe ich jedenfalls der Äußerung von Herrn Kollegen Müntefering entnommen –, dass Sie, Herr Minister Ramsauer, ein Superministerium führen.

(Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es kann nur einen geben!)

Die Baupolitik scheint in den Augen der Opposition fähig zu sein, alle Probleme dieser Welt außer denen in der Außen- und Sicherheitspolitik zu lösen.

(D)

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Vielleicht auch die noch!)

Ich halte das für einen sehr interessanten Ansatz. Das gilt ebenso für Ihre Aufzählung, Herr Kollege Müntefering, der erfolgreichen Bauminister. Wir freuen uns sehr darüber, dass Sie Minister Schneider gelobt haben; ich lobe unseren aktuellen Minister. Ihr Name hat aber bezeichnenderweise gefehlt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns darin einig – das hat die Debatte bisher gezeigt –, dass die Städtebauförderung eine Erfolgsgeschichte ist. Sie bleibt es auch in Zukunft.

(Gustav Herzog [SPD]: Trotz Koalition! – Gegenruf des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU]: Träumen darf man!)

Wir dürfen allerdings nicht verkennen – darum haben sich viele Beiträge gerankt, ohne aber auch nur einen Ansatz für eine Lösung aufzuzeigen –, dass wir uns auch um andere Dinge in diesem Lande zu kümmern haben und dass die Probleme nicht allein mit der Städtebauförderung zu lösen sind.

Ich nenne als ersten Punkt die Verpflichtung, die Schuldenbremse einzuhalten und den Haushalt zu sanieren.

Patrick Schnieder

(A) (Bettina Hagedorn [SPD]: Durch Steuergelder!)

– Der Zwischenruf kommt wie gerufen. – Wir befinden uns im Jahre 2011 und reden über die Ausgestaltung der Städtebauförderung im Jahre 2012. Wir denken selbstverständlich darüber nach, wie wir in den Jahren 2013 fortfolgende sozial gerechte Maßnahmen ergreifen können, um Beziehern von unteren und mittleren Einkommen die Möglichkeit zu geben, auf die Segnungen der kommunalen Städtebauförderung zuzugreifen. Das ist doch eigentlich die Politik der SPD.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das war sie mal!)

Ich weiß gar nicht, was daran zu kritisieren ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wenn man die Konsolidierung unseres Haushalts und die Anforderungen der Schuldenbremse ernst nimmt, dann kann man

(Florian Pronold [SPD]: Jetzt Steuern senken!)

nicht so tun, als könne man gleichzeitig in keinem einzigen Bereich die Ausgaben zurückfahren.

(Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nehmen Sie doch einfach die Mehrwertsteuersenkung für die Hoteliers zurück!)

Sie haben in der Diskussion zum Etat des Verkehrs- und Bauministeriums schon ausgeführt: Wir bleiben bei den Verkehrsinvestitionen unterhalb der Erfordernisse. Heute führen Sie aus: Wir bleiben in der Städtebauförderung unter den Erfordernissen. – Sie müssen mir bitte einmal verraten, wie Sie die Anforderungen der Schuldenbremse im Zusammenhang mit der Konsolidierung des Haushaltes erfüllen wollen.

(B) Sie haben in der Diskussion zum Etat des Verkehrs- und Bauministeriums schon ausgeführt: Wir bleiben bei den Verkehrsinvestitionen unterhalb der Erfordernisse. Heute führen Sie aus: Wir bleiben in der Städtebauförderung unter den Erfordernissen. – Sie müssen mir bitte einmal verraten, wie Sie die Anforderungen der Schuldenbremse im Zusammenhang mit der Konsolidierung des Haushaltes erfüllen wollen.

(Sören Bartol [SPD]: Keine Hotelbesitzer pütern!)

Sie haben über die kommunale Finanznot geredet. Die haben wir in der Tat zu beobachten.

(Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die haben Sie auch mit verursacht!)

Es ist allerdings ein Irrglaube, diese Finanznot allein mit den Mitteln der Städtebauförderung beseitigen zu können. Das folgt schon aus der Tatsache, dass bei der Inanspruchnahme von Städtebauförderprogrammen immerhin ein Anteil von einem Drittel zu übernehmen ist. Wie können Sie auf kommunaler Ebene Geld einsparen, wenn Sie erst einmal Geld auf den Tisch legen müssen?

Ein weiterer Aspekt: Schauen wir uns einmal die erfolgreiche Bau- und Kommunalpolitik des Landes Rheinland-Pfalz an. Dort gibt es eine sozialdemokratisch geführte Regierung, die das Wort „sparen“ buchstabieren kann; in die Praxis umsetzen konnte sie das in den letzten 20 Jahren aber nicht. Dort wurden die zur Verfügung stehenden Mittel in den vergangenen Jahren nicht einmal vollständig abgerufen.

(Peter Götz [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

(C) Nehmen wir nur einmal das 2008 von Ihnen so präferierte Programm „Soziale Stadt“. Das Land Rheinland-Pfalz hat 600 000 Euro nicht abgerufen, und vor dem Hintergrund, dass am Nürburgring eine halbe Milliarde Euro in den Sand gesetzt worden ist, bekommen die Begriffe „sozialdemokratische Baupolitik“ bzw. „soziale Baupolitik“ eine ganz neue Bedeutung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Otto Fricke [FDP]: Da kann man gleich Achterbahn fahren!)

Die christlich-liberale Koalition hat im Bereich der kommunalen Finanzen das ausgebügelt, was Sie im Bereich der Grundsicherung den Kommunen eingebrockt haben. Sie können uns nicht vorhalten, dass wir bei der Baupolitik, die wir betreiben, die Kommunen im Regen stehen lassen.

(Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau das werfen wir Ihnen vor!)

Sie haben doch das Chaos bei den kommunalen Finanzen verursacht. Wir haben es beseitigt, indem wir die Leistung der Grundsicherung dauerhaft auf den Bund überführt haben. So haben wir die größte Entlastung der Kommunen in den letzten Jahren und Jahrzehnten herbeigeführt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Lassen Sie mich noch ein Wort zum Programm „Soziale Stadt“ sagen. In der Tat ist es schmerzlich, dass wir dort den Ansatz für das laufende Jahr auf 28 Millionen Euro zurückfahren mussten. Ich habe mir verschiedene Projekte in Rheinland-Pfalz angeschaut, in Worms und in Trier. Man kann nur sagen: Dort wird hervorragende Arbeit geleistet. Wir brauchen dieses Programm.

(D) Man kann nur sagen: Dort wird hervorragende Arbeit geleistet. Wir brauchen dieses Programm.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Ach!)

Deshalb bin ich froh, dass wir zumindest für das Jahr 2012 mit einem Aufwuchs auf 40 Millionen Euro rechnen können.

(Sören Bartol [SPD]: Wie viel waren es denn mal? – Florian Pronold [SPD]: 94 Millionen waren es mal!)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, Sie haben heute viel über die Vergangenheit geredet, aber noch nicht ein Wort zu den Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft gesagt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Sören Bartol [SPD]: Das sagen ja die Richtigen! Wir haben wenigstens einen Antrag dazu!)

Im Übrigen müssen auch die Mittel aus dem ESF-Programm BIWAQ im Bereich sozialraumorientierte Arbeitsmarktprojekte beim Programm „Soziale Stadt“ berücksichtigt werden.

(Sören Bartol [SPD]: Wer hat das eingeführt? – Gegenruf des Abg. Peter Götz [CDU/CSU]: Die Große Koalition unter der Führung von Angela Merkel!)

**Patrick Schnieder**

- (A) Wir haben immer den Wunsch, mehr Mittel auszugeben; aber wir gestalten eine realistische Politik. Dann ist nicht alles machbar, was man sich wünscht.

Eine letzte Bemerkung zu den hier aufgeführten mathematischen Fähigkeiten. Die Fantasie muss bei Ihnen in der Opposition noch etwas größer werden. Man muss nicht mit gleichen Mitteln und der gleichen Ausgestaltung von Programmen nur mit einer einfachen Zuschusspolitik sämtliche Ziele, die man sich vornimmt, verfolgen. Wir haben 410 Millionen Euro für die Städtebauförderung für 2012 vorgesehen. Es kommen 92 Millionen Euro für die energetische Stadtsanierung hinzu.

(Florian Pronold [SPD]: Immer noch weniger als bisher!)

Das gibt nach Adam Riese mehr als 500 Millionen Euro. Das ist ein deutlicher Aufwuchs. Sie können es nennen, wie Sie wollen. Es ist eine zukunftsgerichtete Städtebaupolitik, die unter den gegebenen Umständen realistisch und machbar ist.

(Florian Pronold [SPD]: Adam Riese dreht sich bei solchen Rechenkünsten im Grabe herum!)

Ich darf abschließend sagen: Diese Koalition steht für eine realistische und gute Städtebauförderung auch in Zukunft. Es ist ein zentrales Instrument der nachhaltigen Entwicklung unserer Städte und Gemeinden. Wir werden mit aller Macht daran festhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(B)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Ulrike Gottschalck hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Ulrike Gottschalck (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Eine Politik, die nicht für die Menschen da ist, sondern für sich selbst, kann uns gestohlen bleiben.

Dieses Zitat von Willy Brandt ist das Leitbild nicht nur meiner persönlichen Überzeugung, sondern auch meines politischen Handelns. Es dient, denke ich, heute auch durchaus der Diskussion über die positiven Auswirkungen der Städtebauförderung.

Willy Brandt hat aber nicht nur klug zitiert; er hat auch klug und nachhaltig gehandelt, zum Beispiel indem er 1971 die Städtebauförderung ins Leben gerufen hat. Meine Vorredner haben bereits darauf hingewiesen, dass die Städtebauförderung eine mittlerweile über vier Jahrzehnte andauernde und immer weiter fortgeschriebene Erfolgsgeschichte ist.

Kern des Erfolgs der Städtebauförderung sind die sichtbaren und erlebbaren Erfolge. Es ist die Zufriedenheit der Menschen, die sich mit ihren Wohnorten und Quartieren identifizieren und ihr Lebensumfeld lebens- und liebenswert gestalten. Was können wir uns mehr

wünschen, als dass die Menschen in den Städten und Gemeinden gerne in ihren Quartieren leben, dort Familien gründen und ihr Umfeld gestalten? (C)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Die Politik ist deshalb dazu verpflichtet, Herr Körber, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit diese Erfolgsgeschichte fortgeschrieben werden kann. Das ist eigentlich logisch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will nicht weiter auf die Zahlen eingehen. Das haben schon meine Vorredner gemacht. Ich will aber eines deutlich sagen: Auch wenn Sie noch so viel hin- und herrechnen, Sie streichen erneut 45 Millionen Euro. Alles andere, was Sie uns vormachen, ist eine Milchmädchenrechnung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Sie sollten nichts gegen Milchmädchen sagen!)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Frau Kollegin, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Fricke zulassen?

**Ulrike Gottschalck (SPD):**

Ja, bitte.

**Otto Fricke (FDP):**

(D)

Frau Kollegin Gottschalck, ich bin einer von den in solchen Debatten immer wieder beklagten Haushältern. Deswegen orientiere ich mich immer gerne an Zahlen. Wenn die Opposition kritisiert, dass zu wenig Geld ausgegeben wird, was ihr gutes Recht ist und auch vielleicht etwas Wahres enthält, dann würde ich von Ihnen gerne wissen, wie viele Millionen Euro zu wenig wir seitens des Bundes im Bereich Städtebauförderung zur Verfügung stellen. Oder sind es gar Milliarden?

(Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Etwas über 700 Millionen Euro!)

**Ulrike Gottschalck (SPD):**

Ich antworte Ihnen sehr gerne, Herr Kollege.

Wir haben einen Antrag vorgelegt, in dem wir alles genau aufführen. Des Weiteren hat das Verkehrsministerium unter Herrn Ramsauer eine eigene Studie in Auftrag gegeben, die von 700 Millionen Euro ausgeht. Diese Mittel brauchen wir, um unsere Städte und Gemeinden in Ordnung zu bringen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da vermutlich eine entsprechende Nachfrage kommt, kann ich Ihnen auch gleich die Gegenrechnung aufmachen. Hören Sie auf, von Steuersenkungen zu fabulieren!

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Ulrike Gottschalck**

- (A) Nehmen Sie zum Beispiel Ihr Wachstumsbeschleunigungsgesetz zurück! Auch dadurch können wir viel bewegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Otto Fricke [FDP]: Ach so! Streichung des Kindergeldes! Super!)

– Das können wir herausrechnen. Es bleibt trotzdem genug übrig. Sie rechnen, wie gesagt, nur die 45 Millionen Euro hin und her.

Herr Körber, mein im Ausschuss sehr geschätzter Kollege, Sie haben es sich heute ein bisschen mit mir verdorben. Ich fand Ihre Rede ziemlich arrogant.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sollten vielleicht in der Lebenswirklichkeit ankommen. Im Gegensatz zu Ihnen hat Franz Müntefering sehr praxisnah das Lebensumfeld der Menschen vor Ort beschrieben, statt rein theoretisch herumzufabulieren, etwas schönzureden und von Findungsphasen zu sprechen. In Findungsphasen stecken Sie noch.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Otto Fricke [FDP]: Wer ist denn jetzt gerade arrogant?)

- (B) Sie werden getrieben – das habe ich schon gesagt –, durchaus auch von der FDP, denke ich, über Steuersenkungen zu fabulieren. Da spreche ich jetzt Herrn Götz an. Ich verstehe es nicht. Mit der CDU konnte man in Fragen der Städtebaupolitik sonst gut zusammenarbeiten. Lassen Sie sich nicht treiben! Wir können doch nicht auf der einen Seite über Steuersenkungen fabulieren und auf der anderen Seite die Daseinsvorsorge vor Ort ratzfatz, ohne mit der Wimper zu zucken, zusammenstreichen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Peter Götz [CDU/CSU]: Wo habe ich über Steuersenkungen fabuliert?)

Die Menschen in den Kommunen erfahren tagtäglich, wie schwierig es ist, wenn in ihrer Heimatgemeinde die Kohle fehlt, um die Infrastruktur zu erhalten oder auszubauen, wenn soziale Spaltung droht oder ganze Quartiere abgeschrieben werden müssen. Das können doch auch Sie von der CDU/CSU und der FDP nicht wollen. Wollen Sie wirklich riskieren, dass Identifikation verloren geht, Stadtkerne verkommen,

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Milieuschutz! – Gegenruf des Abg. Sören Bartol [SPD]: UNESCO-Welterbeprogramm! Weg!)

Denkmäler nicht mehr gepflegt werden, Quartiere verwahrlosen und ehrenamtliches Engagement vor Ort zurückgeht?

Ich mache bereits seit 1980 Kommunalpolitik. Ich bin vor Ort Fraktionsvorsitzende.

(Otto Fricke [FDP]: Wie schaffen Sie das denn zeitlich?)

(C) Ich weiß sehr wohl, wie schlecht es den Kommunen geht. Auch im Namen der Kommunen bitte ich Sie sehr herzlich: Nehmen Sie die erneuten Kürzungen der Städtebauförderung zurück! Vielen Kommunen steht finanziell das Wasser bis zum Hals. Manche sehen schon keine Perspektive mehr. Wir müssen den Kommunen aber Handlungsspielräume geben; denn wir brauchen die Kommunen in Zukunft noch viel mehr.

Ich spreche zum Beispiel die Energiewende an. Ich finde es vollkommen in Ordnung, dass Programme aufgelegt werden, um die Energiewende voranzutreiben und die Gemeinden da zu unterstützen. Einen kleinen Schlenker kann ich Ihnen aber nicht ersparen: Auch bei dem Problem der Energiewende sind Sie leider wieder zu spät gewesen. Wir müssen jetzt sehen, wie wir das, was Sie kaputtgemacht haben, wieder einfangen.

(Petra Müller [Aachen] [FDP]: Warum haben Sie denn mitgestimmt?)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Frau Kollegin, Herr Schirmbeck würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

**Ulrike Gottschalck (SPD):**  
Ja, bitte.

**Georg Schirmbeck (CDU/CSU):**

(D) Verehrte Frau Kollegin, Sie haben davon gesprochen, dass es eine kommunale Verelendung in Deutschland gibt. Wir haben das in Niedersachsen einmal untersucht. Die zehn Gebietskörperschaften mit den geringsten Schulden in Niedersachsen waren von einer Partei regiert. Die zehn Gebietskörperschaften mit den höchsten Schulden waren auch von einer Partei regiert. Können Sie vielleicht die Frage beantworten, welche Partei welche Kommunen regiert? – Man kann auch mit wenig Geld eine ordentliche Politik machen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

**Ulrike Gottschalck (SPD):**

Werter Kollege, man kann auch Äpfel mit Birnen vergleichen.

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Das machen Sie die ganze Zeit!)

Ich sage Ihnen aus meiner ganz praktischen Erfahrung im Landkreis Kassel: Wir haben auch ordentlich Schulden,

(Lachen bei der FDP – Dirk Fischer [Hamburg] [CDU/CSU]: Bravo!)

aber wir setzen dort Prioritäten. Bei uns werden zum Beispiel die Reinigungskräfte komplett ordentlich bezahlt. Die Leistung wird nicht outgesourct. Das ist die Denke von Sozialdemokraten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie weisen immer darauf hin, dass Sie so großen finanziellen und wirtschaftlichen Sachverstand haben.

**Ulrike Gottschalck**

- (A) Ich kann überhaupt nicht verstehen, dass Sie bei der Städtebauförderung kürzen wollen; denn die rechnet sich doch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen die Kommunen für die Energiewende. Wir brauchen die Kommunen aber auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung; denn ohne die Kommunen werden wir die demografische Entwicklung nicht erfolgreich gestalten können. Dafür benötigen die Kommunen Rüstzeug. Die Streichung des KfW-Programms „Altersgerecht Umbauen“ ist einfach vollkommen kontraproduktiv in einer Zeit, wo wir auf die demografische Entwicklung eingehen müssen.

(Petra Müller [Aachen] [FDP]: Wer hat denn das Programm gestrichen? Niemand! Das ist eine vollkommen falsche Behauptung!)

Ich mache es jetzt kürzer: Wir brauchen die Programme „Städtebaulicher Denkmalschutz“, „Stadtumbau Ost“, „Stadtumbau West“ und „Soziale Stadt“. Alle Landesbauminister, egal welcher Couleur, fordern einstimmig mehr Verlässlichkeit vom Bund.

Die Kürzungen sind, wie eben schon gesagt, auch noch volkswirtschaftlich unsinnig; denn 1 Euro Städtebauförderung – wir haben es jetzt mehrfach gehört – stößt Investitionen von mindestens 7 bis 8 Euro an. Diese Förderung rechnet sich.

- (B) Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sind alle gewählt, um zum Wohle des deutschen Volkes tätig zu sein. Eine Politik, die nicht für die Menschen da ist, sondern nur für sich selbst, kann uns gestohlen bleiben. Deshalb bitte ich Sie: Stimmen Sie unserem Antrag zu! Geben Sie unseren Kommunen Zukunft, und setzen Sie die Erfolgsgeschichte der Städtebauförderung fort!

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 17/6444 und 17/6447 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. – Ich sehe, damit sind Sie einverstanden. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 8 sowie Zusatzpunkt 9 auf:

- 8 – Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung

**Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Hybrid-Operation in Darfur (UNAMID) auf Grundlage der Resolution 1769 (2007) des Sicherheits-**

**rates der Vereinten Nationen vom 31. Juli 2007 (C) und Folgeresolutionen**

– Drucksachen 17/6322, 17/6509 –

Berichterstattung:  
Abgeordnete Philipp Mißfelder  
Heidemarie Wieczorek-Zeul  
Marina Schuster  
Jan van Aken  
Kerstin Müller (Köln)

- Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

– Drucksache 17/6510 –

Berichterstattung:  
Abgeordnete Norbert Barthle  
Klaus Brandner  
Dr. h. c. Jürgen Koppelin  
Michael Leutert  
Sven-Christian Kindler

- ZP 9 – Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung

**Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der von den Vereinten Nationen geführten Friedensmission im Südsudan**

– Drucksachen 17/6449, 17/6511 –

Berichterstattung:  
Abgeordnete Philipp Mißfelder  
Heidemarie Wieczorek-Zeul  
Dr. Rainer Stinner  
Wolfgang Gehrcke  
Kerstin Müller (Köln)

- Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

– Drucksache 17/6512 –

Berichterstattung:  
Abgeordnete Norbert Barthle  
Klaus Brandner  
Dr. h. c. Jürgen Koppelin  
Michael Leutert  
Sven-Christian Kindler

Über beide Beschlussempfehlungen wird später namentlich abgestimmt werden.

Für die Aussprache ist eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Ich gebe zunächst der Kollegin Marina Schuster das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Marina Schuster (FDP):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Sudan hat einen jahrzehntelangen blutigen Bürgerkrieg hinter sich. Morgen wird eine neue Seite in den